

i N S I D E R



NR. 04

Winter 2021

Zeitschrift der Fachgruppe Berufsbildende Schulen Hessen 32. Jahrgang

Die Erde eine Scheibe?
Wie kommst Du denn darauf!??

Steht im Internet!!



Karikatur Gerhard Mester

Das Internet
sagt:



LIEBE KOLLEGINNEN, LIEBE KOLLEGEN,



Zum zweiten Mal mussten wir Weihnachten, Silvester und den Jahresbeginn mit deutlichen Einschränkungen, insbesondere persönlicher Art, verbringen. Und angesichts vermutlich weiterer Mutanten sind die Aussichten für 2022 nicht wirklich erfreulich. Wahrscheinlich werden wir uns darauf einrichten müssen, noch längere Zeit mit dem Virus zu leben, mit allen damit verbundenen ökonomischen, sozi-

Wieder einmal haben wir versucht, eine möglichst vielfältige und abwechslungsreiche Zeitschrift zu erstellen. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Passagen aus dem Koalitionsvertrag der Ampel zu Fragen der Beruflichen Bildung und Berufsbildenden Schulen. Und auch die Projekte an der List-Schule in Darmstadt, der Produktionsschule Outlaw in Kassel und der Peter-Paul-Cahensly-Schule in Limburg zeigen Beachtliches. Nicht zuletzt macht uns – und hoffentlich auch Euch – die neue Serie „Wer gibt den Berufsbildenden Schulen den Namen“ viel Freude, erzählt sie doch einiges Interessantes über die einzelnen hessischen Schulen.



alen und psychologischen Folgen. Und – nicht zu vergessen – mit den ständigen Herausforderungen für Eure tägliche Arbeit an den Schulen. So bleibt uns wieder mal der altbekannte Spruch: „Die Hoffnung stirbt zuletzt“.

So wünschen wir Euch eine vernünftige Lektüre und für das Jahr 2022 trotz aller Einschränkungen persönlich Gesundheit, Gelassenheit und Zuversicht und für Euer pädagogisches Wirken viel Erfolg.

Dieter Freydt

INHALTSVERZEICHNIS

Es wurde noch schlimmer	3
News	4
Ampel-Koalitionsvertrag	6
HPRL-Intern	10
Lehren und Lernen in der Digitalen Welt	11
Jugendschutzprojekt FLS	12
Duale Berufsbildung stärken	14
Ohne Nachwuchs keine Zukunft	15
Publikationen	16
Die Stuzubis kommen	17
Für ein inklusives Ausbildungssystem	18
Kasseler Produktionsschule	20
Kein Anschluss trotz Abschluss	23
Wer gibt den BBS den Namen?	24
Grenzenlos an der PPC	26
Nur leichte Erholung auf Ausbildungsmarkt	28
Servicestelle Jugendberufsagenturen	29
Numerus Clausus-Check	30
Geschichte vom Blumentopf und vom Bier	31
didacta – Wettbewerb Bertha von Suttner	32

„ES WURDE NOCH VIEL SCHLIMMER“

Cybermobbing: Durch Home-Schooling sind die Zahlen weiter gestiegen

Von *Christina Kolb*

DARMSTADT-DIEBURG. Für Nikolas war die Schulzeit noch nie besonders schön. Der heute 16-jährige Teenager, der die zehnte Klasse einer Schule im Landkreis besucht und seinen richtigen Namen nicht in der Zeitung lesen möchte, wurde seit Beginn der fünften Klasse von den Klassenkameraden gehänselt, geärgert, gemobbt. Früher schubsten ihn Mitschüler auf dem Schulweg. Später versteckten sie sein Mäppchen, spuckten auf sein Schulbrot, beschimpften ihn als „Opfer“, „Schwuchtel“ oder „Hurensohn“. Mal zu viert, mal zu siebt gingen sie auf ihn los, oft in der Pause. Dann kam Corona und mit der Pandemie das Home-Schooling. Der Unterricht lief größtenteils online, die Hausaufgaben und der Austausch unter den Klassenkameraden über den Klassenchat bei WhatsApp. „Im Home-Schooling wurde es noch viel schlimmer“, erzählt Nikolas. Während des Online-Unterrichts machte ein Mitschüler Screenshots von ihm, schnitt mit diesen Fotos ein kurzes Video zusammen, in dem Nikolas' vermeintlicher Körper in einer Nacktszene zu sehen war und postete es in einem sozialen Medium. Kurz darauf sei es zwar wieder gelöscht worden, „aber die halbe Schule hat es gesehen, ich konnte nachts nicht mehr schlafen, habe eine Zeitlang nicht am Online-Unterricht teilgenommen“, erzählt er. Als er es nicht mehr aushielt, zeigte er das gespeicherte Video seinen Eltern. Doch anzeigen wollte die Familie den Täter nicht. Dafür wurde ein Vertrauenslehrer eingeschaltet, der den Konflikt zwischen den Schülern schlichten konnte.

In vielen Fällen landen Cybermobbingfälle nicht bei der Polizei,

weil sie - wie in diesem Fall - schulintern gelöst werden können. „Die schulinternen Unterstützungssysteme wie Schulsozialarbeit, Medienbeauftragte, Präventionslehrkräfte sind hier gut aufgestellt, fortgebildet und vernetzt, dass sie selbst Maßnahmen ergreifen können“, sagt Dr. Hubert Köhler, Schulpsychologe des Staatlichen Schulamts für Darmstadt-Dieburg und die Stadt Darmstadt.

Das Schlimme am Cybermobbing, also dem Mobbing über digitale Medien und Netzwerke, ist nach Aussagen von Köhler, dass es zeitlich und örtlich nicht begrenzt ist, wie das der Fall von Mobbing in der „analogen“ Welt ist: „Betroffene von Cybermobbing können diesem kaum aus dem Weg gehen.“ Die Verbreitung von Inhalten über das Internet sei schwer kontrollierbar oder zu stoppen. Erwachsene bekommen in der Regel erst relativ spät mit, dass ein Kind von Cybermobbing betroffen ist.

Späte Einsicht hatten Hanna, Lisa und Nora, drei 15-jährige Freundinnen aus dem Gersprenztal, die sich als „Mittäter“ oder „Mitläufer“ eines Mobbingfalls bezeichnen. Bereits bevor der neue Klassenkamerad nach den Sommerferien in ihre Klasse kam, habe ein Mitschüler ein Foto des Neuen im Klassenchat gepostet. „Die halbe Klasse hat sich über sein Streberaussehen und die komische Frisur lustig gemacht“, erzählt Hanna. Es sei Gruppendruck gewesen, als aus anfänglich kleinen Sticheleien gemeinschaftliches Gelächter wurde, wenn der Neue im Unterricht drankam. Als er dann während Corona im Online-Unterricht seine Kamera einschaltete, habe ein Mit-

schüler einen Screenshot von ihm gemacht, mit üblen und gemeinen Kommentaren versehen und das Foto durch die sozialen Medien geschickt. Der Klassenkamerad sei nach dem Vorfall ständig krank gewesen, es gab Gespräche mit dem Klassenlehrer zwischen Täter und Opfer, letztlich habe der Schüler die Klasse gewechselt. „Auch wenn wir den Typ immer noch nicht leiden können, war unser Handeln natürlich scheiße“, bedauert Lisa ihr Verhalten. Über das Ausmaß des mit wenigen Klicks unüberlegt losgestoßenen Lauffeuers, das in der ganzen Klasse Kreise gezogen hat, machen sich die wenigsten Täter Gedanken. „Wir würden es nicht mehr machen“, sagt Nora.

Quelle: Darmstädter Echo vom 01.12.2021

Zahlen zum Cybermobbing

Die Zahl der von Cybermobbing betroffenen Kinder und Jugendlichen zwischen 8 und 21 Jahren ist seit 2017 um 36 Prozent gestiegen, allein im vergangenen Jahr von 12,7 auf 17,3 Prozent. Das sind knapp zwei Millionen Jugendliche, wie die Studie „Cyberlife III - Cybermobbing bei Schülerinnen und Schüler*innen des Bündnisses gegen Cybermobbing in Kooperation mit der Techniker Krankenkasse zeigt. Die Umstellung des Schulbetriebs auf Fernunterricht und Kontaktbeschränkungen in Folge der Pandemie haben die Situation noch verschärft, weil Jugendliche das Internet jetzt intensiver nutzen und sich ihre sozialen Kontakte noch mehr dahin verlagert haben. (tina)

Schulnewsletter Politische Bildung

Ein Newsletter nicht nur für Lehrerinnen und Lehrer der politischen Bildung. Hier erhalten Sie alle Informationen zu den aktuellen Publikationen, Veranstaltungen und Online-Angeboten der Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb) für Ihren Unterricht.

Schulnewsletter@mailman2.bpb.de

Novellierung Lehrerbildungsgesetz

Am 14.12.2021 brachte die hessische Landesregierung eine „grundlegende Novellierung“ des Hess. Lehrkräftebildungsgesetzes in den Landtag. „Durch die Novellierung werden sowohl aktuelle Anforderungen wie Inklusion und Digitalisierung verbindlicher Bestandteil aller drei Phasen der Lehrkräftebildung – vom Studium, über den Vorbereitungsdienst bis hin zur Fortbildung – als auch die Standards der KMK sowie der Hess. Referenzrahmen Schulqualität im Gesetz verankert“, so die HKM-Pressemitteilung. Die GEW sieht den Gesetzentwurf demgegenüber kritisch, inhaltlich und bezogen auf die Beteiligung. Nachzulesen unter www.gew-hessen.de/Bildung/Aus-und-Fortbildung.

KMK: Lehren und Lernen in der digitalen Welt

Die KMK hat am 09.12.2021 eine 34-seitige Ergänzung zu ihrer Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ aus dem Jahr 2016 (Beschluss der Kultusministerkonferenz) beschlossen.

www.kmk.org

KMK: Portal für Lehrkräfte beruflicher Schulen in Deutschland soll kommen

12.10.2021 Die Länder haben den Startschuss für ein Portal für berufliche Bildung gegeben. Damit soll den Lehrkräften beruflicher Schulen eine Plattform zum Austausch und zur Entwicklung von Unterrichtsmaterialien und Unterrichtskonzepten sowie zur Kommunikation und Kollaboration zur Verfügung gestellt werden.

KMK veröffentlicht neue Vorausrechnungen für den Schulbereich

12.11.2021 Die Zahl der Absolventen und Abgänger allgemeinbildender Schulen wird von 2020 bis 2035 um 12% von 758 000 auf 861 000 ansteigen. An beruflichen Schulen wird die Zahl der Absolventen und Abgänger zwischen 2020 und 2035 um fünf Prozent von 935.000 auf 982.000 steigen.

Die Zahl der Absolventen allgemeinbildender und beruflicher Schulen mit Fachhochschul- oder Hochschulreife wird von 383 000 um 13,2% auf 441 000 ansteigen.

Näheres unter: <https://www.kmk.org/dokumentation-statistik/statistik/schulstatistik/vorausberechnung-der-schueler-und-absolventenzahlen.html>

Campus des Deutschen Schulpreises Eine digitale Plattform für alle, die Unterricht besser machen wollen

Eine neue Online-Plattform bietet kostenlose Workshops und Vernetzungsmöglichkeiten für Lehrkräfte, die sich zum Thema Unterrichtsqualität und Unterrichtsentwicklung fortbilden möchten. Der Campus des Deutschen Schulpreises

steht allen Pädagoginnen und Pädagogen offen – ganz unabhängig von einer Bewerbung für den Deutschen Schulpreis. Alle Teilnehmenden vereint das gemeinsame Ziel: Unterricht besser zu machen. Sie lernen zum Beispiel, unter welchen Bedingungen Unterricht lernwirksam ist und erfahren, wie ausgezeichnete Schulen diesen umsetzen. www.deutsches-schulportal.de

Mangelhafte Inklusion

Eine kürzlich erschienene Studie des Wissenschaftszentrums Berlin (WZB) stellte der Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) in Deutschland ein mangelhaftes Zeugnis aus und belegt vielfache Verstöße der Bundesländer gegen Artikel 24 der Konvention. Ein großer Teil der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen werde bis heute vom allgemeinen Schulsystem ausgeschlossen und diskriminiert.

Die Ergebnisse der erwähnten Inklusionsstudie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) sind im September 2021 im WZBrief Bildung Nr. 44 veröffentlicht worden: [Marcel Helbig, Sebastian Steinmetz, Michael Wrase und Ina Döttinger: Mangelhafte Umsetzung des Rechts auf inklusive Bildung. Bundesländer verstoßen gegen Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention](#)

Kommission gestaltet Erasmus+ und Europäisches Solidaritätskorps inklusiver

Das Programm Erasmus+ und das Europäische Solidaritätskorps sollen für den Zeitraum 2021-2027 inklusiver und vielfältiger gestaltet werden. Dazu hat die Europäische Kommission im Oktober einen

Beschluss zur Durchführung von Inklusionsmaßnahmen veröffentlicht. Es sollen nicht nur mehr Menschen in einem anderen Land lernen oder sich freiwillig engagieren können, sondern vor allem mehr Menschen mit geringeren Chancen erreicht werden. Zu den Inklusionsmaßnahmen gehören: Gezielte finanzielle Unterstützung, individuelle Unterstützung der Teilnehmenden in allen Phasen des Programms, Unterstützung teilnehmender Organisationen und flexible Lernangebote.

Quelle: Newsletter@bibb.de Nr. 24 vom 18.11.2021

Kompakt

Wie Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in den nächsten 10 Jahren umgesetzt werden soll, dazu hat die UNESCO jüngst mit der „Roadmap 2030“ Empfehlungen ausgesprochen. Die Roadmap beschreibt den Umsetzungsrahmen des neuen UNESCO-Programms „Bildung für nachhaltige Entwicklung: die globalen Nachhaltigkeitsziele verwirklichen (BNE 2030)“. Im Zentrum steht die Erkenntnis, dass nur mit Bildung eine nachhaltige Entwicklung voranzubringen ist.

Zu finden sind diese unter: <https://www.unesco.de/node/7571>

q.rage Nr. 14 2021/2022

Mobbing ist der Schwerpunkt der q.rage für das Schuljahr 2021/2022. Junge Autor*innen aus ganz Deutschland berichten von eigenen Erfahrungen mit Mobbing an der Schule und im Internet – aus der Perspektive von Opfern, aber auch der ehemaliger Mitläufer*innen oder der verantwortungsbewussten Klassensprecher*in. Weitere Beiträge der Schüler*innen befassen sich mit Rassismuserfahrungen in der Kindheit, Depression in der Corona-Zeit,

Intersexualität von Jugendlichen und Literatur von People of Color.
<https://www.q-rage.de/>

Broschüre: Diskriminierung als Alltagsphänomen

Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter erleben in ihrem beruflichen Alltag mit jungen Menschen in der Schule eine große Bandbreite von Diskriminierungsauslösern, -gründen und -folgen. Eine Broschüre der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSA) stellt Ansätze zum diskriminierungskritischen Arbeiten vor, unterstützt die vertiefte Auseinandersetzung mit dem Thema und gibt Anregungen für die alltägliche Arbeit (s. dazu auch die Veranstaltung am 1. Dezember).

» BAG EJSA: Diskriminierung als Alltagsphänomen

Infoportal: Depression und psychische Gesundheit

Nicht erst seit der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen ist die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ein wichtiges Thema. Aktuell hat es an Relevanz gewonnen. Psychische Probleme und depressive Symptome haben bei jungen Menschen zugenommen. Das neue Infoportal „ich bin alles“ und die dort angebotenen Social-Media-Kanäle bieten den jungen Menschen eine Plattform, um sich über Depressionen zu informieren.

» Klinikum der Universität München: Website „ich-bin-alles.de“

Schulische Gesundheitsförderung und Prävention: Strukturen, Bedingungen, Akteur*innen

Der Ergebnisbericht „Qualitätsmanagement hinsichtlich Gesundheitsförderung und Prävention in der Lebenswelt Schule“ des

GKV-Bündnisses für Gesundheit setzt sich mit der Verankerung von Gesundheitsförderung und Prävention im schulischen Qualitätsmanagement sowie den relevanten Strukturen, Bedingungen und Akteur*innen auseinander. Der Bericht bietet einen Überblick über den aktuellen Sachstand zu schulischer Gesundheitsförderung und Prävention. Er präsentiert Modelle und Definitionen von Qualitätsmanagement, diskutiert Herausforderungen und definiert Ansatzpunkte für eine zukünftige schulische Qualitätsentwicklung im Bereich der Gesundheitsförderung und Prävention.

<https://www.gkv-buendnis.de/publikationen>

Schluss mit Konzern-Diktaten

Mit einer umfassenden Studie haben wir offengelegt, wie Google & Co Lobbyarbeit in Europa betreiben. Wir haben Vorschläge formuliert, wie die Macht der Tech-Giganten begrenzt werden kann und bei EU-Kommission und Parlament ein starkes Digitalmarkt-Gesetz angemahnt. Wir haben ein Bündnis aufgebaut, dem sich bis heute 14 internationale Organisationen angeschlossen haben und sind mit politischen Entscheidungsträger:innen ins Gespräch gegangen. Wir sind überzeugt: Unsere Demokratie darf sich nicht dem Diktat einiger weniger Tech-Konzerne beugen. Deshalb müssen wir Abhängigkeiten auflösen, in die uns deren Quasi-Monopolstellung in der digitalen Welt gebracht haben.

LobbyControl Newsletter 2.12.2021

Die Studie „Die Lobbymacht von Big Tech: Wie Google & Co die EU beeinflussen“ kann unter www.lobbycontrol.de abgerufen werden.

Zusammenstellung und Ausführungen Dieter Staudt

KOALITIONSVERTRAG DER AMPEL - AUSZÜGE

Im Folgenden dokumentieren wir mit Seitenangaben aus dem 177-seitigen Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung die Passagen, die uns für den Bereich der Beruflichen Bildung und der Berufsbildenden Schulen besonders wichtig erscheinen. Dazu gibt es den Kommentar der GEW (Die Redaktion).

Schulen legen wir mit Ländern, Kommunen und relevanten Akteuren einen Pakt auf. Mit den Ländern bauen wir die Berufsorientierung und Jugendberufsagenturen flächendeckend aus. Wir wollen eine Ausbildungsgarantie, die allen Jugendlichen einen Zugang zu einer vollqualifizierenden Berufsausbildung ermöglicht, stets vorrangig im

tige berufliche Qualifikationen erkennen wir für höhere Karrierewege im öffentlichen Dienst an. Die Ergebnisse des Evaluationsauftrags zum dualen Studium werden wir zügig mit allen relevanten Akteuren beraten (S. 67).

Inklusion

Wir legen den Schwerpunkt auf die Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderungen. Wir werden das Budget für Arbeit und das Budget für Ausbildung weiter stärken und ausbauen. Die Mittel aus der Ausgleichsabgabe wollen wir vollständig zur Unterstützung und Förderung der Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt einsetzen.

Die Angebote von Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) werden wir stärker auf die Integration sowie die Begleitung von Beschäftigungsverhältnissen auf den allgemeinen

Arbeitsmarkt ausrichten (S. 79).

V. Chancen für Kinder, starke Familien und beste Bildung ein Leben lang

Wir wollen allen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft beste Bildungschancen bieten, Teilhabe und Aufstieg ermöglichen und durch inklusive Bildung sichern. Dazu stärken wir die frühkindliche Bildung, legen den Digitalpakt 2.0 auf und machen das BAföG elternunabhängiger und bauen es für die Förderung der beruflichen Weiterbildung aus. Kinder verdienen beste Bildung. Jedes Kind soll die gleichen Chancen haben (S. 94).

Bildung und Chancen für alle

Gemeinsam mit den Ländern werden wir die öffentlichen



Mittelstand, Handwerk und Freie Berufe

Zur Fachkräftesicherung im Handwerk werden wir das Duale System der beruflichen Ausbildung stärken und den Übergang von der Schule in die berufliche Bildung verbessern und im Rahmen eines Ausbildungspakts Ausbildungsbotschafterinnen und -botschafter fördern. Zudem wollen wir die Durchlässigkeit von beruflicher und akademischer Bildung verbessern. Die Ausbildung im Handwerk werden wir gezielt fördern. Zusätzlich wollen wir eine Begabtenförderung in der beruflichen Bildung einführen (S. 28).

Ausbildung

Zur Stärkung und Modernisierung berufsbildender

Betrieb. Wir führen die Allianz für Ausbildung fort. Die Einstiegsqualifizierung, die assistierte Ausbildung, ausbildungsbegleitende Hilfen und Verbundausbildungen bauen wir aus. In Regionen mit erheblicher Unterversorgung an Ausbildungsplätzen initiieren wir bedarfsgerecht außerbetriebliche Ausbildungsangebote in enger Absprache mit den Sozialpartnern. Wir erhöhen die Ausbildungsmobilität. Für Menschen in Arbeitslosigkeit und Grundsicherung fördern wir vollqualifizierende Ausbildungen bei der beruflichen Weiterbildung unabhängig von ihrer Dauer. Vollzeitschulische Ausbildung muss vergütet und frei von Schulgeld sein. Wir bringen eine Exzellenzinitiative Berufliche Bildung auf den Weg, u. a. bauen wir InnoVet aus und öffnen die Begabtenförderungswerke des Bundes für die berufliche Bildung. Gleichwer-

Bildungsausgaben deutlich steigern und dafür sorgen, dass die Unterstützung dauerhaft dort ankommt, wo sie am dringendsten gebraucht wird. Mit einer Stärkung der frühkindlichen Bildung, besseren Startchancen in sozial benachteiligten Schulen, einem Digitalpakt 2.0 und einem grundlegend reformierten BAföG legen wir den Grundstein für ein Jahrzehnt der Bildungschancen.

Wir streben eine engere, zielgenauere und verbindliche Kooperation aller Ebenen an (Kooperationsgebot). Die örtliche Umsetzungskraft der Schulträger, die Kultushoheit der Länder und das unterstützende Potenzial des Bundes wollen wir dafür zu neuer Stärke vereinen und eine neue Kultur in der Bildungszusammenarbeit begründen. Wir wollen gemeinsam darauf hinwirken, dass jedes Kind die gleiche Chance auf Entwicklung und Verwirklichung hat. Dazu werden wir einen Bildungsgipfel einberufen, auf dem sich Bund, Länder, Kommunen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft über neue Formen der Zusammenarbeit und gemeinsame ambitionierte Bildungsziele verständigen (S. 95).

Startchancen-Programm

Mit dem neuen Programm „Startchancen“ wollen wir Kindern und Jugendlichen bessere Bildungschancen unabhängig von der sozialen Lage ihrer Eltern ermöglichen. Wir werden mehr als 4.000 allgemein- und berufsbildende Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler besonders stärken. Dazu wollen wir diese Schulen mit einem Investitionsprogramm für moderne, klimagerechte, barrierefreie Schulen mit einer zeitgemäßen Lernumgebung und Kreativlaboren unterstützen. Wir stellen diesen Schulen ein Chancenbudget zur freien Verfügung, um Schule, Unterricht und Lernangebote weiterzuentwickeln und außerschulische Kooperationen

zu fördern. Wir unterstützen diese Schulen dauerhaft mit Stellen für schulische Sozialarbeit und fördern dort Schulentwicklung und Berufsorientierung im Rahmen weiterer Programme.

Über dieses Programm hinaus werden wir weitere bis zu 4.000 Schulen in benachteiligten Regionen und Quartieren gezielt und dauerhaft mit zusätzlichen Stellen für schulische Sozialarbeit unterstützen (S. 96).

Digitalpakt Schule

Wir wollen Länder und Kommunen dauerhaft bei der Digitalisierung des Bildungswesens unterstützen. Gemeinsam mit den Ländern werden wir einen Digitalpakt 2.0 für Schulen mit einer Laufzeit bis 2030 auf den Weg bringen, der einen verbesserten Mittelabfluss und die gemeinsam analysierten Bedarfe abbildet. Dieser Digitalpakt wird auch die nachhaltige Neuanschaffung von Hardware, den Austausch veralteter Technik sowie die Gerätwartung und Administration umfassen. Die digitale Lernmittelfreiheit werden wir für bedürftige Schülerinnen und Schüler weiter fördern. Gemeinsam mit den Ländern werden wir die Einrichtung, den Betrieb und die Vernetzung von Kompetenzzentren für digitales und digital gestütztes Unterrichten in Schule und Weiterbildung fördern und eine zentrale Anlaufstelle für das Lernen und Lehren in der digitalen Welt schaffen (S. 97).

Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer

Bund und Länder richten eine gemeinsame Koordinierungsstelle Lehrkräftefortbildung ein, die bundesweit Fort- und Weiterbildungsangebote vernetzt, die Qualifikation von Schulleitungen unterstützt, den Austausch ermöglicht sowie die arbeitsteilige Erstellung von Fortbildungsmaterialien organisiert und fördert. Die Qualitäts-

offensive Lehrerbildung entwickeln wir weiter mit neuen Schwerpunkten zu digitaler Bildung, zur dritten Phase der Lehrerbildung und bundesweiter Qualitätsentwicklung des Seiten- und Quereinstiegs, u. a. für das Berufsschullehramt (S. 97).

Erwachsenenbildung

Die Anerkennung informell, non-formal oder im Ausland erworbener Kompetenzen werden wir vereinfachen und beschleunigen.

Wir wollen die politische Bildung und die Demokratiebildung entlang der Bildungskette stärken, die Projektmittel der Bundeszentrale für politische Bildung erhöhen und die Unabhängigkeit ihrer Arbeit achten.

Den Nationalen Aktionsplan zur Bildung für nachhaltige Entwicklung wollen wir in allen Bildungsphasen und -bereichen bundesweit verankern und deutlich stärken. Wir wollen auch Schülerfirmen als Bestandteil von Bildung für Nachhaltige Entwicklung fördern (S. 98).

Fachkräfte

Gemeinsam mit den Ländern und allen relevanten Akteuren entwickeln wir eine Gesamtstrategie, um den Fachkräftebedarf für Erziehungsberufe zu sichern und streben einen bundeseinheitlichen Rahmen für die Ausbildung an. Sie soll vergütet und generell schulgeldfrei sein.

Mit hochwertigen Qualitätsstandards in der Kindertagesbetreuung sorgen wir für attraktive Arbeitsbedingungen. Wir wollen die praxisintegrierte Ausbildung ausbauen, horizontale und vertikale Karrierewege sowie hochwertige Fortbildungsmaßnahmen fördern und Quereinstieg erleichtern. Umschulungen werden wir auch im dritten Ausbildungsjahr vollständig fördern (S. 100)

AMPEL IST AUF GEW KURS

GEW gut gerüstet für die nächsten vier Jahre

Viele Ankündigungen des am 24.11.2021 von SPD, FDP und Grünen vorgestellten Koalitionsvertrag für den Bereich Berufliche Bildung und Weiterbildung decken sich mit den Forderungen der GEW. Hier nur einige Stichpunkte: Pakt für die Berufsbildenden Schulen, Ausbildungsgarantie, Fortführung der nationalen Weiterbildungsstrategie mit einem Schwerpunkt allgemeine Weiterbildung, Verbesserung der Arbeitssituation der Beschäftigten in der Weiterbildung, Förderung der europaweiten Mobilität von Auszubildenden oder Stärkung der politischen Bildung. Es kommt jetzt darauf an, den Umsetzungsprozess zu begleiten und auf Fallstricke und Lücken hinzuweisen. Hierfür ist die GEW gut gerüstet mit ausgearbeiteten Positionen und Konzepten zu den einzelnen Forderungen sowie zu deren Finanzierung.

Pakt für die Berufsbildenden Schulen

Im Koalitionsvertrag erklärt die zukünftige Bundesregierung: „Zur Stärkung und Modernisierung berufsbildender Schulen legen wir mit Ländern, Kommunen und relevanten Akteuren einen Pakt auf. Mit den Ländern bauen wir die Berufsorientierung und Jugend-

berufsbildenden flächendeckend aus.“

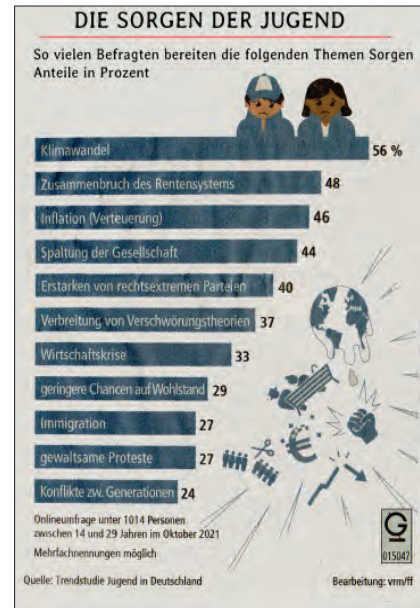
Eine schon lange erhobene Forderung der GEW. Mit dem Beschluss zu einem Pakt für die Berufsbildenden Schulen beschreibt der Gewerkschaftstag der GEW in Detail, was in Berufsbildenden Schulen notwendig wäre. Mit diesem Beschluss werden wir gut gewappnet in die Auseinandersetzung zur Umsetzung des Pakts für die Berufsbildenden Schulen gehen. Darüber hinaus haben wir gute Positionspapiere zur Berufsorientierung und zu Jugendberufsagenturen und wissenschaftliche Gutachten zur Finanzierung.

Fachkräftenachwuchs für die Berufsbildenden Schulen

„Die Qualitätsoffensive Lehrerbildung entwickeln wir weiter mit neuen Schwerpunkten zu digitaler Bildung, zur dritten Phase der Lehrerbildung und bundesweiter Qualitätsentwicklung des Seiten- und Quereinstiegs, u. a. für das Berufsschullehramt.“

Zur qualitativen Ausstattung von Seiten- und Quereinstiegen ins berufliche Lehramt haben die beiden Bundesfachgruppen einen Antrag vorgelegt, „Einphasiges duales

Masterstudium als zweiter Regelweg“, der auf dem Gewerkschaftstag im Juni 2022 diskutiert und abgestimmt wird. Er beschreibt Qualitätskriterien und einen gangbaren Weg für Seiten- und Quereinstiege in das berufliche Lehramt.



Ausbildungsgarantie

„Wir wollen eine Ausbildungsgarantie, die allen Jugendlichen einen Zugang zu einer vollqualifizierenden Berufsausbildung ermöglicht, stets vorrangig im Betrieb. Wir führen die Allianz für Ausbildung fort. Die Einstiegsqualifizierung, die assistierte Ausbildung, ausbildungsbegleitende Hilfen und Verbundausbildungen bauen wir aus. Wir öffnen die Hilfen für Geflüchtete. Wir begrüßen tariflich vereinbarte Ausgleichsfonds. In Regionen mit erheblicher Unterversorgung an Ausbildungsplätzen initiieren wir bedarfsgerecht außerbetriebliche Ausbildungsangebote in enger Absprache mit den Sozialpartnern.“

Seit Urzeiten fordert die GEW ein Recht auf Ausbildung bzw. eine Ausbildungsgarantie. Die Finanzierung soll durch einen allgemeinen Umlagefond erfolgen. Die Begrüßung von tariflich vereinbarten Ausgleichsfonds reicht nicht aus,



um eine Garantie zu verwirklichen. Hier müssen wir noch einiges an Überzeugungsarbeit leisten. Der Ausbau von assistierter Ausbildung, ausbildungsbegleitenden Hilfen und Verbundausbildungen ist zu begrüßen, aber an vielen Stellen muss noch mehr Qualität eingefordert werden.

Förderung der internationalen Mobilität von Auszubildenden

„Wir werden die europäische und internationale Jugendarbeit, insbesondere für Auszubildende, stärken.“

Die GEW hat 2021 in ihrem 10-Punkte Programm für Mobilität in Europa die Rahmenbedingungen beschrieben, wie dieses Anliegen der neuen Bundesregierung gut umgesetzt werden kann.



Stärkung der politischen Bildung

„Wir wollen die politische Bildung und die Demokratiebildung entlang der Bildungskette stärken, die Projektmittel der Bundeszentrale für politische Bildung erhöhen und die Unabhängigkeit ihrer Arbeit achten.“

„Den Nationalen Aktionsplan zur Bildung für nachhaltige Entwicklung wollen wir in allen Bildungsphasen und -bereichen bundesweit verankern und deutlich stärken. Wir wollen auch Schülerfirmen als Bestandteil von Bildung für Nachhaltige Entwicklung fördern.“

Dies alleine dürfte nicht ausreichen. Mit ihrer Hofgeismarer Erklärung und ihrer Schweriner Erklärung hat die GEW einen umfassenden Forderungskatalog zur Stärkung der politischen Bildung von der Schule bis zur Senior:innenbildung vorgelegt, mit dem wir der neuen Bundesregierung noch einige Tipps zur Stärkung der politischen Bildung auf den Weg geben können.

Erzieher:innenausbildung

„Gemeinsam mit den Ländern und allen relevanten Akteuren entwickeln wir eine Gesamtstrategie, um den Fachkräftebedarf für Erziehungsberufe zu sichern und streben einen bundeseinheitlichen Rahmen für die Ausbildung an. Sie soll vergütet und generell schulgeldfrei sein.“

Mit hochwertigen Qualitätsstandards in der Kindertagesbetreuung sorgen wir für attraktive Arbeitsbedingungen. Wir wollen die praxisintegrierte Ausbildung ausbauen, horizontale und vertikale Karrierewege sowie hochwertige Fortbildungsmaßnahmen fördern und Quereinstieg erleichtern. Umschulungen werden wir auch im dritten Ausbildungsjahr vollständig fördern.“

Zu dieser Absicht der Bundesregierung hat die GEW eine umfassende Positionierung entwickelt, zum einen zum bundeseinheitlichen Rahmen, zur Vergütung, zur Schulgeldfreiheit und zur praxisintegrierten Ausbildung und zu horizontalen und vertikalen Karrierewegen. Hier werden wir umgehend auf die

Akteure in Bund und im Land zugehen, um ihnen unsere Vorschläge näher zu bringen.

Fazit

Es gibt für uns noch vieles zu tun. Aber, im Gegensatz zu der GroKo, gibt es bei der Ampel viele Absichtserklärungen, die in unsere Richtung gehen und auf denen wir aufbauen können. Wir können jetzt zuversichtlicher und mit mehr Elan in die politischen Auseinandersetzungen der nächsten Jahre gehen.

Ralf Becker, Vorstandsbereich Berufliche Bildung und Weiterbildung der GEW

Alle kursiv gesetzten Passagen sind wörtlich aus dem Koalitionsvertrag entnommen

Die GEW-Vorsitzende **Maika Finnern** mahnt „Den Worten müssen Taten folgen“. Dem von SPD, Grünen und FDP verfassten Koalitionsvertrag müssten konkrete Schritte folgen. Dazu gehören vor allem gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten in Kita, Schule, Hochschule sowie in der sozialen Arbeit und der Weiterbildung. Das „Jahrzehnt der Bildungschancen“ müsse durch ein „Jahrzehnt der guten Arbeitsbedingungen“ in allen Bereichen der Bildung mit Inhalt gefüllt werden. Die GEW-Vorsitzende kritisiert, dass der Koalitionsvertrag hinsichtlich der Frage, wie die bildungs-, investitions- und wissenschaftspolitischen Vorhaben künftig finanziert werden sollen, vage bleibt. „Angesichts des Festhaltens der drei Koalitionäre an der Schuldenbremse bleibt offen, wie es gelingen kann, alle Vorhaben umzusetzen.“ (GEW-PM vom 24.11.2021)

Am 16. Dezember war Kultusminister Lorz zu Gast bei der Sitzung des Hauptpersonalrates der hessischen Lehrkräfte. Einige Anfragen des HPRLL, die größtenteils in der GEW vorbereitet worden waren, konnten hier besprochen werden, wenn auch nicht immer mit klaren Resultaten.

Corona-Maßnahmen und Mitbestimmung

Die im Herbst auf freiwilliger Basis in allen Schulformen durchgeführte Impfstatusabfrage unter den Lehrkräften, bei deren Planung der HPRLL übergegangen worden ist, führte zu dem Ergebnis, dass weit mehr als 90% der Lehrkräfte bereits geimpft waren und insofern eine berufsspezifische Impfpflicht nicht als sinnvoll erachtet wurde. Dies bestätigt die von der GEW vertretene Einschätzung.

Die Forderung des HPRLL, angesichts der – u.a. wegen der als sinnvoll erachteten Testungen – Corona bedingt reduzierten Unterrichtszeit Curricula zu verändern und so (wie für die Fachoberschule bereits umgesetzt), prüfungsrelevante Lehrinhalte auch für Gymnasien sowie für Berufliche Gymnasien zu reduzieren, wurde vom Kultusminister nicht aufgenommen. Er stellte jedoch in Aussicht, Formulierungen für Elternbriefe zukünftig im Vorfeld zu besprechen, um so zu vermeiden, dass, wie in der Vergangenheit geschehen, Erwartungen geweckt werden, die im Unterrichtsalltag nicht einlösbar sind und Lehrkräfte zusätzlich zur bestehenden enormen Arbeitsbelastung unnötigem Druck aussetzen.

Der HPRLL forderte das HKM vehement auf, Angebote für Booster-Impfungen der Lehrkräfte zu forcieren und Klassenräume mit Luftfiltergeräten auszustatten, um die Gesundheit der Lehrkräfte zu schützen und damit bessere Voraussetzungen für die weitere Aufrechterhaltung des Präsenzunterrichts zu schaffen.

Löwenstark

Das Förderprogramm „Löwenstark“ soll möglicherweise auch 2023 fortgesetzt werden. Eine Auswertung des Ausgabenstandes der für 2021 geplanten Gelder wird es erst im Januar geben. Kultusminister Lorz bestätigt die Auffassung des HPRLL, dass alle Personalmaßnahmen im Rahmen des Programmes mit den zuständigen Schulpersonalräten zu erörtern sind.

UBUS

Der HPRLL fordert eine deutliche Erhöhung der Zuweisung von UBUS-Stunden.

Zu diesem Thema hat der GEW-Landesvorstand in seiner Sitzung am 25. November einen Antrag der Fachgruppe Berufsbildende Schulen angenommen, in dem wir fordern, mindestens halbe UBUS-Stellen an den beruflichen Schulen einzurichten, da mit dem prekären Stellenumfang von 0,25 die vielfältigen Aufgaben der UBUS-Kräfte nicht sinnvoll wahrgenommen werden können.

Der HPRLL erinnerte außerdem daran, dass die sozialpädagogischen Fachkräfte an Schulen noch immer auf die Ausstattung mit dienstlichen Endgeräten warten.

„Zukunftsfähige Berufsschule“

Der HPRLL monierte gegenüber dem HKM die fehlende Beteiligung beim Praxisbeirat „Zukunftsfähige Berufsschule“.

Die GEW Hessen setzt sich dafür ein, „dass der HPRLL als höchstes Mitbestimmungs- und Vertretungsorgan der hessischen Kolleginnen und Kollegen ein Mitglied in die Steuergruppe [zur Erarbeitung von Vorschlägen für die Festsetzung von Fachklassenstandorten] entsenden kann.“, so der Beschluss des GEW Landesvorstandes vom 25. November.

Zur Begründung heißt es in dem Beschlusspapier der GEW: „Das HKM arbeitet seit einigen Jahren an einer grundlegenden Reform der Berufsschulen und einer damit einhergehenden veränderten Ressourcenzuweisung. Bei diesem Projekt unter dem Namen *Die zukunftsfähige Berufsschule* geht es um grundlegende Fragestellungen, die für die beruflichen Schulen von existenzieller Bedeutung sind, wie z. B. die erforderlichen Mindestgrößen von Berufsschulklassen und nach welchem Verfahren zukünftig Fachklassenstandorte gebildet werden, wenn die einzelnen Berufsschulen die Ausbildung nicht aufrechterhalten können.“ Als GEW Fachgruppe kritisieren wir, „dass weder der HPRLL noch die Verbände bisher in den Prozess eingebunden wurden. In der Vergangenheit war es üblich und im Sinne des HPVG auch richtig, den HPRLL bei Entscheidungen über die Festlegung von Fachklassenstandorten zu beteiligen.“

Zusammengestellt von Katja Pohl mithilfe von Informationen aus dem Personalräteausschuss

LEHREN UND LERNEN IN DER DIGITALEN WELT

KMK verabschiedet ergänzende Empfehlung zur Strategie „Bildung in der digitalen Welt“
KMK-PM vom 10.12.2021

Fünf Jahre nach Verabschiedung der Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ beschließt die 376. Kultusministerkonferenz die ergänzende Empfehlung „Lehren und Lernen in der digitalen Welt. Die Ergänzung vertieft einzelne Aspekte der Strategie, reflektiert die Erfahrungen aus der Phase der Pandemie und stellt die Bedeutung der Unterrichtsqualität und Schulentwicklung beim Einsatz neuer Technologien heraus. Mit der ergänzenden Empfehlung wird der Fokus auf die notwendigen digitalen Schulentwicklungsprozesse und auf die Qualifizierung der Lehrkräfte in didaktischer und technischer Hinsicht gelegt. Das Ziel ist, die Qualität des Unterrichts zu verbessern.

Die Präsidentin der Kultusministerkonferenz Britta Ernst sieht in der ergänzenden Empfehlung „Lehren und Lernen“ ein wichtiges und zeitgemäßes Update der KMK-Strategie: „Der schulische Bildungsauftrag umfasst auch das Ziel einer umfassenden Vorbereitung für das Aufwachsen und Leben in einer sich stetig verändernden digitalen Realität. Daher werden wir in den kommenden Jahren auch weiter eine erfolgreiche Verknüpfung von gutem Unterricht mit den Potenzialen der Digitalisierung anstreben.“

Hierfür ist es zentral, sich die Potentiale digitaler Medien und Werkzeuge für ein Lehren und Lernen in der digitalen Welt anzueignen und didaktisch nutzbar zu machen. Die ergänzende Empfehlung nimmt die Voraussetzungen für das Gelingen solcher Bildungsprozesse in

den Blick und macht in Form von prioritären Maßnahmen konkrete Vorschläge für die Bereiche der systemischen Schulentwicklung, eine Anpassung der Prüfungskultur und die Qualifizierung des pädagogischen Personals durch die Einrichtungen der Lehrerbildung. Zu den prioritären Maßnahmen sowie mittel- und langfristigen Arbeitsschwerpunkten formuliert die Empfehlung auch die forschungsbasierte Entwicklung von Unterrichtsinhalten und -konzepten für den Einsatz digitaler Unterrichtstechnologien in der Schule.

So finden sich unter anderem folgende Empfehlungen in dem Beschluss: Beispielsweise sollten Motivation und Lernfreude steigernde Elemente gezielt aufgegriffen werden, indem insbesondere digitale Medien und Werkzeuge, die der Individualität und Kreativität der Lernenden gerecht werden, eingesetzt werden. Zudem sollten digitale Möglichkeiten, die ein tieferes Verständnis beziehungsweise erweiterte Funktionen der Lerngegenstände ermöglichen, wie beispielsweise Simulationen, dynamische Modellierungen oder kollaboratives Problemlösen unter Einbindung verschiedener Expertisen und gegebenenfalls Lernorte zielorientiert und intensiv in Lehr-Lern-Prozesse einbezogen werden.

Digitale und analoge Lehr-Lern-Settings sind mit Blick auf die Qualitätskriterien guten Unterrichts gelingend miteinander zu verbinden. Für das Feedback sollten zunehmend auch computergestützte, interaktive und sanktionsfreie Rückmeldungen genutzt werden, die durch Adaptivität das individualisierte Üben gezielt unterstützen.

In zukünftigen schriftlichen und

mündlichen Prüfungsformaten sind neben den fachlichen Kompetenzen verstärkt Kreativität, Kollaboration, kritisches Denken und Kommunikation mit einzubeziehen. Und auch in mündlichen Prüfungsformaten sollen in einer Kultur der Digitalität die kommunikativen Anteile des Lernens und Verstehens umfangreicher als bisher mit digitalen Möglichkeiten erweitert werden.

Jede Schule sollte die digitalisierungsbezogene Schulentwicklung umfassend mit den Dimensionen Unterrichts-, Organisations-, Personal-, Kooperations- und Technologieentwicklung angehen und vor dem Hintergrund der eigenen pädagogischen Zielsetzungen gewinnbringend und zukunftsorientiert miteinander verknüpfen.

In der beruflichen Bildung sollten digitale Technologien zur Weiterentwicklung des Zusammenwirkens der Lernorte und der besseren Verknüpfung berufsschulischen, betrieblichen und überbetrieblichen Lernens genutzt werden.

Abrufbar unter www.kmk.org

Digitale Ansätze in der beruflichen Ausbildung

Bürosimulation LUCA: Plattform für kaufmännische Auszubildende

» luca-office.de/

Online-Ausbildungsnachweis Blok zur gemeinsamen Nutzung von Auszubildenden, schulischem und betrieblichem Ausbildungspersonal.

» online-ausbildungsnachweis.de

Ausbildung im virtuellen Verbund: Implementierung sozialer E-Learning-Elemente in KMUs, die eine gemeinsame Ausbildung im Verbund durchführen.

» qualifizierungdigital.de

DURCHBLICK IM MEDIEN-LABYRINTH

Jugendmedienschutzprojekt an der FLS in Darmstadt



Wir werden in zunehmendem Maße in unserer Meinungsbildung mit Fake News, Trash-TV und über die sozialen Medien – mit ständig neuen Formaten – konfrontiert, desinformiert und damit einhergehend oftmals beeinflusst.

In besonderem Maße sind hiervon Jugendliche betroffen. Junge Menschen kommunizieren nahezu ununterbrochen über soziale Medien. Die gute WLAN- oder Netzabdeckung in den mobilen Funknetzen

machen dies möglich. Lernen und informieren über Video-Tutorials ist für Schülerinnen und Schüler inzwischen selbstverständlich. Hierbei nutzen Webseiten die von den Nutzern zur Verfügung gestellten privaten Informationen zum Aufbau von sogenannten Filter- oder Informationsblasen. Filterblasen sorgen dann dafür, dass Nutzer weitgehend die Informationen erhalten, die ihre Meinung in diese Richtung stärken. Die Chance, Falschnachrichten zu entlarven, ist vertan. Freie Meinungsbildung ist nicht mehr mög-

eine kaufmännische Berufsbildende Schule. Seit 2019 führen wir erfolgreich „Jugendmedientage“ als Projektstage durch. Einer unserer Kollegen hat sich zum Jugendmedienschutzbeauftragten weitergebildet und ergänzt damit unser Beratungsteam. Mit Unterstützung von externen Referent*innen werden im Rahmen der Projektstage Workshops zu folgenden Themen angeboten: Hate Speech, Cybermobbing, Fake News, Push Notification, die Macht der Medien u. a.

lich. Extremistische Gruppen nutzen dies, um insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene zu rekrutieren.

Jugendmedienschutz ist seit einigen Jahren ein Thema für die **Friedrich-List-Schule,**

Die Medientage sind gut und wichtig. Jedoch ist eine punktuelle Auseinandersetzung mit dem Thema Medienschutz zu wenig, um die Gesamtsituation zu erfassen und nachhaltige Aufklärung zu betreiben. Unsere Lehrkräfte stellen seit längerem fest, dass insgesamt das Interesse für Politik und gesellschaftliche Themen abnimmt. Gerade unsere Politiklehrkräfte sind sich ihrer gesellschaftlichen und politischen Verantwortung bewusst und haben den großen Wunsch, die Medienkompetenz unserer Lernenden zu stärken und damit Aufklä-



nung zu betreiben. Wichtig war es ihnen hierbei, nicht nur punktuell zu arbeiten, sondern das Thema Medienkompetenz in den gesamten Schulalltag – auch in der Berufsschule – und möglichst über alle Jahrgangsstufen anbieten zu können.

Nachdem eine Politikkollegin auf „**Buzzard**“ aufmerksam wurde, war die Möglichkeit der flächendeckenden Einführung des Themas Medienbildung in den Unterricht möglich. Das Projekt „Medienbildung an der Friedrich-List-Schule – Medienkompetenz stärken – gegen Fake News und Filterblasen“ war geboren.

Buzzard ist eine App-basierte Internetplattform für Medienbildung. Diese stellt Informationen zu unterschiedlichen aktuellen Themengebieten zusammen. Ebenso werden verschiedene Perspektiven zu einem Thema aufgezeigt, was schließlich die Basis für die eigene Urteilsbildung ist. Ziel der Plattform ist es, Pressemitteilungen aus seriösen Quellen zu erhalten, um damit Fake-News zu entlarven und zu erkennen. Hierzu recherchiert das junge Redaktionsteam im gesamten Spektrum der Informationsquellen. Dabei wird sowohl der linke als auch der rechte Medienrand berücksichtigt. Aus diesen Informationsquellen wird ein Exzerpt zusammengestellt, welches anstrebt, eine möglichst neutrale Information zum Thema zu liefern. Die Ursprungsquellen werden zusätzlich mit abgebildet. Die Schülerinnen und Schüler lernen damit, Nachrichten und Informationsquellen einzusortieren und diese zu verifizieren. Durch die Zusammenarbeit mit Buzzard erhalten alle 1.900 Schülerinnen und Schüler sowie die 95 Lehrkräfte

den Zugang zur App. Damit haben alle die Möglichkeit, sich tagtäglich über die Buzzard-App ausgewogen und unparteiisch eine differenzierte politische Meinung zu bilden.



Buzzard finanziert sich ohne Werbung oder Sponsoring, nur über die Nutzer*innen. Damit ist die Nutzung für uns kostenpflichtig. Die Finanzierung erfolgt über den Förderverein der Friedrich-List-Schule und für 2022 mit Unterstützung der Entega-Stiftung sowie eventuell einer weiteren, in Darmstadt beheimateten Stiftung. Oberbürgermeister Jochen Partsch hat die Schirmherrschaft für das Projekt übernommen. Stadtrat Holger Klötzner und das Medienzentrum der Wissenschaftsstadt Darmstadt unterstützen unser Projekt.

Die Einbindung der App in den Politikunterricht erfolgt unterrichtsbegleitend. Zunächst wird im Themenblock Medienbildung grundsätzlich aufgezeigt, wie Informationen zu Stande kommen, wie Filterblasen entstehen, wie wir in unserer Meinungsbildung beeinflusst werden. Dann zeigen wir anhand der Vorgehensweise des Buzzard-Redakteurteams auf, wie unsere Lernenden an möglichst

neutrale Informationen kommen und wie man seriöse von unseriösen Informationen unterscheiden kann. Anschließend wird die App zu den jeweiligen Themen das Politikunterrichts in den Unterricht integriert. Sie ist darüber hinaus in allen weiteren Fächern und Lernfeldern einsetzbar.

Die Buzzard-App wird bereits von ca. 700 allgemeinbildenden Schulen im Unterricht eingesetzt. Wir sind die erste Schule in Darmstadt und die erste Berufsbildende Schule in Deutschland, die mit der Buzzard-App arbeiten wird. Damit sind wir für das Buzzard-Team ebenfalls ein Pilotprojekt. Das Buzzard-Team wird daher unser Kollegium fortbilden und unser Projekt begleiten und evaluieren.



An dieser Stelle danke ich den Initiatoren/Initiatorinnen an unserer Schule, den Unterstützern/Unterstützerinnen und dem Team von Buzzard und freue mich auf ein erfolgreiches Projekt, das hoffentlich auf andere Berufsschulen übertragen werden kann.

Norbert Leist, Schulleiter

BIBB-Präsident Esser:

„SYSTEM DER DUALEN BERUFSBILDUNG UNBEDINGT STÄRKEN“

BIBB-PM 35/2021 vom 01.12.2021

Die künftigen Regierungsparteien SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben in ihrem Koalitionsvertrag beschlossen, den Wohnungsbau auf jährlich 400.000 Wohnungen zu erhöhen, ein Viertel davon öffentlich gefördert. Ergebnisse aktueller Studien des **Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB)** und des **Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB)** in Zusammenarbeit mit der **Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforchung (GWS)** zeigen indes, dass fehlende Fachkräfte das Ziel eines verstärkten Wohnungsbaus verhindern können. Auch andere Ziele des Koalitionsvertrages, darunter die Umsetzung des Klimaschutzes durch energetische Gebäudesanierungsmaßnahmen, werden den Bedarf an qualifizierten Fachkräften weiter erhöhen, denn sie stimulieren die Nachfrage nach Bautätigkeiten zusätzlich.

Von den Top 15 der als Engpass-

berufe klassifizierten Berufsgattungen sind bereits jetzt zwölf dem Baugewerbe oder einer ihm vorgela-

Die Studien „**Bauvorhaben der Ampel-Koalition bedingen Stärkung des Fachkräfteangebots**“ und „**Baugewerbe zwischen Klimawandel und Fachkräfteengpass**“ stehen im Internetangebot des BIBB unter www.bibb.de/de/33159.php zum Download zur Verfügung.

Weitere Informationen zu den „Qualifikations- und Berufsprojektionen“ des BIBB und des IAB finden Sie unter www.qube-projekt.de

gerten Zulieferindustrie zuzuordnen. Betriebe haben demnach größte Schwierigkeiten, Fachkräftestellen insbesondere im Hoch- und Tiefbau, in der Energietechnik sowie in den Bereichen Klempnerei, Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik zu besetzen. Auch der Aus- und

Trockenbau, die Isolierung, die Zimmerei, die Glaserei sowie die Rollladen- und Sonnenschutztechnik sind betroffen.

„Um Verzögerungen in den Zielumsetzungen im Bereich Bauen und Wohnen zu verhindern, muss das System der dualen Berufsbildung unbedingt gestärkt werden“, betont **BIBB-Präsident Friedrich Hubert Esser**. „Den Fachkräftemangel zu bewältigen, wird eine der größten Herausforderungen dieses Jahrzehnts werden, denn neben der Baubranche wird zum Beispiel auch der Bedarf an Fachkräften im Gesundheitswesen in den kommenden Jahren stark steigen. Deshalb ist es notwendig, die Fachkräftestrategie und die Nationale Weiterbildungsstrategie fortzuführen, die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren weiter zu steigern, die Möglichkeiten zur Neuorientierung im Erwerbsleben zu verbessern und die Förderung qualifizierter Zuwanderung nach Deutschland auszuweiten.“



OHNE NACHWUCHS KEINE ZUKUNFT

Dramatischer Fachkräftemangel: Tophema auf der didacta 2022

Schon heute fehlen rund 1,2 Millionen Fachkräfte /// Die Hälfte aller Betriebe sieht im Nachwuchsmangel die größte Gefahr für ihren Fortbestand /// Branche diskutiert auf der didacta über Wege aus dem Dilemma

In immer mehr Branchen fehlt der Nachwuchs. Jeder fünfte Betrieb meldete 2021 einen Mangel an Fachkräften, viele Ausbildungsplätze blieben frei. Und durch den demografischen Wandel, dem unsere Gesellschaft unterliegt, wird die Lage noch erschwert. Auf Europas größter Bildungsmesse, der didacta in Köln, diskutieren im März 2022 Auszubildende mit Expert:innen und Besucher:innen über die Gründe für die Misere und informieren sich über Möglichkeiten, wie sich diese Entwicklung aufhalten lässt.

Bis zum Jahr 2040 könnten in Deutschland knapp vier Millionen Fachkräfte fehlen, prognostiziert das Basler Forschungsinstitut Prognos – derzeit sind es 1,2 Millionen. Besonders betroffen sind kleine und mittelständische Unternehmen; die Branchen reichen von der Elektroindustrie über das Handwerk bis zur Pflege – oft sind es klassische Ausbildungsberufe. Schon heute fehlen rund 200.000 Pflegekräfte, während die Zahl der Pflegebedürftigen bis 2030 um eine satte Million steigt.

Doch Besserung ist nicht in Sicht, denn es fehlt an Auszubildenden. Die Hälfte aller Betriebe sieht im Nachwuchsmangel die größte Gefahr für ihren Fortbestand. „Die Jugendlichen, die heute nicht ausgebildet werden, die fehlen uns in drei Jahren als Fachkräfte“, bilanziert Hans Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks.

Ausbildungen attraktiver gestalten

Auch wenn viele Ausbildungsberufe krisensicher und relevant sind, haben diese allgemein an

Attraktivität eingebüßt. Es herrsche „ein Bild in der Öffentlichkeit von einfachen, schlecht verdienenden, ausgebrannten Berufsangehörigen ohne Einflussmöglichkeiten“, so Vogler. Junge Menschen möchten jedoch ein modernes und angenehmes Arbeitsumfeld, gute Bezahlung, Weiterbildungsmöglichkeiten und Anerkennung für ihre Leistungen. Hier sind Politik und Wirtschaft gefragt – und das schon seit Jahren.

Die steigende Zahl unbesetzter Ausbildungsstellen und der zunehmende Mangel an Fachkräften zei-



Koelnmesse/didacta/rtuelke: Neue Formate: Hybride Veranstaltungen

gen allerdings den mäßigen Erfolg bisheriger Maßnahmen. Insbesondere kleine Betriebe müssten finanziell mehr unterstützt werden, um ihren Auszubildenden professionelle Lehrangebote und eine angemessene Bezahlung bieten zu können.

Der Didacta Verband fordert die neue Bundesregierung explizit auf, beispielsweise das duale Berufsausbildungssystem wieder attraktiver zu gestalten. Und auch die Unternehmen sind gefordert, die Berufsausbildung für junge Menschen zeitgemäß und ansprechend zu

gestalten: mit guten Kommunikationsstrukturen und zeitgemäßer Lehre.

Lehrkräfte müssen die Klaviatur des Digitalen perfekt spielen können

Denn auch nach Kita und Schule endet der digitale Bildungsweg nicht. Joachim Maiß, Vorsitzender des Bundesverbands der Lehrkräfte für Berufsbildung, zeichnet allerdings ein ernüchterndes Bild. An berufsbildenden Schulen fehle es an Breitbandanschlüssen, Lehrpersonal und finanziellen Mitteln, um die Digitalisierung voranzutreiben. „Wir brauchen Lehrkräfte, die auf

der Klaviatur des Digitalen perfekt spielen können“, so Maiß. Und das in zweifacher Hinsicht: Zum einen gehe es um die technische Ausstattung in Berufsschulen, zum anderen um die Vermittlung von „Modern Skills“, die mehr und mehr in der Wirtschaft gefordert würden.

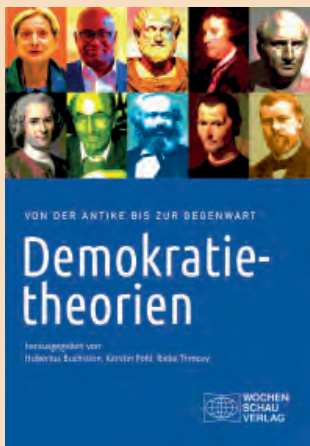
Quellenangabe: Dieser Beitrag erschien zuerst im didacta Themen dienst.

Weitere Artikel und Interviews zur didacta – die Bildungsmesse 2022 finden Sie im Dossier auf www.bildungsklick.de.

Hrsg. **H. Buchstein, K. Pohl, R. Trimcev**

Demokratietheorien

Von der Antike bis zur Gegenwart



Dieses Standardwerk zu Demokratietheorien präsentiert die wichtigsten Autor*innen, die von der Antike bis in die Gegenwart über die Regierungsform der Demokratie, ihre Merkmale, ihre Begründung und ihre Probleme nachgedacht haben. Die Kombination von kurzen Primärtexten und einordnenden Kommentaren ermöglicht eine rasche Orientierung und einen guten Zugang zu Schlüsselwerken der Ideengeschichte und der zeitgenössischen politischen Theorie.

Studierenden der Politik- und Geschichtswissenschaft, Schüler*innen der Sekundarstufe II und Lehrenden in der politischen Bildung sowie allen Interessierten bietet der Band eine kompakte Einführung in die Demokratietheorie. Er schlägt bewusst eine Brücke zwischen Politikwissenschaft und politischer Bildung.
ISBN 978-3-7344-1239-4

Maja Göpel

Unsere Welt neu denken

Eine Einladung

Das anrollende Klimachaos, die zunehmenden Konflikte zwischen Arm und Reich und die Polarisierung unserer Gesellschaften zeigen deutlich: Weitermachen wie bisher ist keine Option. Das Wohlstandsmodell des Westens fordert seinen Preis. Die Wissenschaft bestätigt, dass wir um ein grundsätzliches Umdenken nicht herumkommen.



Die anerkannte Ökonomin Maja Göpel veranschaulicht, welche Denkbarrieren wir aus dem Weg räumen sollten, um künftig klüger mit natürlichen Ressourcen, menschlicher Arbeitskraft und den Mechanismen des Marktes umzugehen – jenseits von Verbotsregimen und Wachstumswahn.

ISBN 978-3-550-20079-3

Christoph Butterwege

Die zerrissene Republik

Wirtschaftliche, soziale und politische Ungleichheit in Deutschland

Der Armutsforscher Christoph Butterwege sieht eine über Jahrzehnte hinweg problematische und fehlgeleitete Wirtschafts- und Sozialpolitik als Ursache von Ungleichheit und prangert politisch-ökonomische Ansätze und Reformen im Sinne der Selbstoptimierung für den Markt, individueller Verantwortung oder Leistungserwartung an. Sie seien weder geeignet, die Kapitalakkumulation der Reichen zu stoppen, noch dienen sie dem sozialstaatlichen Kernanliegen, nach dem Lohnarbeit eine auskömmliche Lebensführung und umfassende Teilhabe zu gewährleisten habe.

Als Alternativen zur wachsenden Ungleichheit entwickelt Butterwege die Entwicklung des Mindestlohns zu einem Lebenslohn, eine solidarische Bürgerversicherung und soziale Mindestsicherung für einen inklusiven Sozialstaat sowie die Abschöpfung des Reichtums.

ISBN 978-3-7425-0537-8



DIE STUZUBIS KOMMEN

Studium? Lehre? Eine neue Hochschule in Hamburg will beides verbinden. Gelingt das Experiment, könnte es unentschiedenen Abiturienten helfen – und die kränkelnde Berufsausbildung retten.

VON THOMAS KERSTAN ¹

Na, das ist doch nichts Neues, dachte ich beim ersten Blick auf den Artikel von Thomas Kerstan in der Zeit vom 04.11.2021. Wir haben doch seit 2001 Studium Plus an der Technischen Hochschule Mittelhessen. Dort studieren im Wintersemester 2020/21 immerhin 1821 Studierende.

Das Experiment heißt mit Namen Berufliche Hochschule Hamburg (BHH). Hundert Auszubildende haben jetzt angefangen zu studieren. Insgesamt sollen es einmal 1000 werden.

Beim genaueren Hinschauen auf das „bildungspolitische Experiment“ werden doch einige Unterschiede deutlich. Berufliche und akademische Bildung scheinen gleichwertig berücksichtigt, eine transparentere, verlässliche Absprache der Bildungsorte ist gesichert und durch eine Eigenständigkeit der Hochschule gewährleistet. Das Konzept trägt folgerichtig den Namen „studienintegrierte Ausbildung“ und soll das Beste aus drei Welten zusammenführen. Die Berufliche Hochschule Hamburg (BHH) will die Idee des Dualen Studiums erweitern.

Die oft geübte Kritik an der unzureichenden Abstimmung zwischen den unterschiedlichen Lernorten (siehe Untersuchung der Konrad-Adenauer-Stiftung ²) und der inhaltlichen Verzahnung der theoretischen und praktischen Lernphasen will Hamburg besser machen.

Was bedeutet das im Einzelnen:

- ✿ Eine vollwertige Berufsausbildung mit Kammerprüfung, die nicht alle Dualen Studiengänge in der Bundesrepublik bieten, ist in Hamburg garantiert.
- ✿ Bei der Entwicklung des Curriculums der Hochschule haben Berufsschullehrer*innen mitgewirkt – um auch festzulegen, welche Inhalte gegenseitig angerechnet werden können.
- ✿ Für alle Studierenden gehört ein Coaching zum Programm.
- ✿ Nach eineinhalb Jahren müssen sie sich entscheiden, ob sie das volle Programm fortsetzen, sich auf die berufliche Ausbildung beschränken oder an einer anderen Hochschule das akademische Studium fortsetzen. Erbrachte Studienleistungen werden angerechnet. Eine solche klar definierte Ausstiegsoption lassen andere Duale Studiengänge oft vermissen.
- ✿ Ein detaillierter Plan zeigt den Studierenden die genaue Verweildauer an der Hochschule, im Betrieb und in der Berufsschule an.
- ✿ Es gibt keine Studiengebühren.
- ✿ Die Studierenden erhalten eine Ausbildungsvergütung vom Betrieb.
- ✿ In vier Jahren haben die Studierenden einen vollwertigen Bachelor in Betriebswirtschaft oder Informatik so wie einen Ausbildungsabschluss (z.B. Industriekaufmann/-frau, Tischler*in) in der Tasche.
- ✿ Es gibt keine Semesterferien, sondern den für Arbeitnehmer*innen

typischen Jahresurlaub.

Interessant ist auch, dass die Hamburger Schulbehörde Gründerin und Trägerin der BHH ist. Die „vornehme Zurückhaltung“ angesprochener Hochschulen, die wir aus gewerkschaftlichen Diskussionen über die Anerkennung und Anrechnung von Berufsbildungsabschlüssen oder den Zugang von Fachoberschüler*innen usw. kennen, wurde vom Hamburger Senat sehr pragmatisch durch Selbermachen gelöst.

Die Hamburger Wirtschaft zeigt großes Interesse an der Hochschule. Mehrere Dutzend Unternehmen kooperieren und schicken ihren Nachwuchs. Darunter finden sich Namen wie Otto oder Beiersdorf, aber auch mittelständische Sanitärinstallationsbetriebe, IT-Unternehmen und Autowerkstätten (Die Zeit ebda.).

Der entsprechende Senatsbeschluss von 2018 war übrigens eine der letzten Amtshandlungen des Hamburger Bürgermeisters Olaf Scholz. **Joachim Scheerer**

¹ Die Zeit, Nr. 45, vom 04.11.2021, S. 52 u. 53

<https://www.zeit.de/zustimmung?url=https%3A%2F%2Fwww.zeit.de%2F2021%2F45%2Fberufliche-hochschule-hamburg-bhh-studium-ausbildung>

² Duales Studium - Ein Zukunftsmodell mit Optimierungsbedarf, Felise Maennig-Fortmann/Nadine Poppenhagen

<https://www.kas.de/documents/252038/4521287/Duales+Studium.pdf/3cea1dbe-74e2-4d7c-22b9-4060d45bdf52?version=1.0&t=1547634383253>

FÜR EIN INKLUSIVES AUSBILDUNGSSYSTEM AUS MENSCHENRECHTLICHER PERSPEKTIVE

Bereits 2009 hat Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention als eine zentrale menschenrechtliche Basis für Politik und damit auch für Berufsbildungspolitik ratifiziert. Dennoch fehlen bisher politische Schritte, das Ausbildungssystem in Deutschland *inklusiv* zu gestalten. Vielmehr setzen sich im Übergang Schule-Beruf Selektionsprozesse fort, die bereits in der Schule beginnen. Vor allem junge Menschen mit Behinderungen, schlechten Schulabschlüssen oder Migrationshintergrund haben es schwer, berufliche Perspektiven zu entwickeln. Die Fachwelt ist sich einig, dass hier strukturelle Benachteiligungen in der institutionellen Gestaltung des Übergangsprozesses wirksam sind, die es abzubauen gilt. Zur Frage, wie dies auf menschenrechtlicher Basis erfolgen könnte, haben Ruth Enggruber/Frank Neises/Andreas Oehme/Leander Palleit/Wolfgang Schröer und Frank Tillmann im Auftrag des Paritätischen Bundesverbandes eine Expertise verfasst, deren zentrale Forderungen hier kurz skizziert werden.

Plädoyer für ein inklusives Berufsausbildungssystem

Der Aufbau eines *inklusive*n Ausbildungssystems ist aus menschenrechtlicher Perspektive gefordert und leitet sich aus dem Anspruch auf diskriminierungsfreien Zugang zu Bildung und Erwerbsarbeit ab. Im Mittelpunkt steht das institutionelle Gefüge, jungen Menschen eine berufliche Perspektive zu eröffnen, die ihnen ein selbstbestimmtes Leben und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Gerade der Übergangsphase zwischen Schule

und Beruf wird dabei eine besondere Rolle beigemessen, ist doch das Jugendalter durch Herausforderungen der Orientierung, Selbstpositionierung und Verselbständigung, aber auch große Verunsicherungen gekennzeichnet. Gleichzeitig geht es um die Zukunftsfähigkeit des beruflichen Bildungssystems und der Fachkräftesicherung in den verschiedenen, sich verändernden Arbeitswelten von morgen. Eine *inklusive* Gestaltung, vom Übergangsbereich über die duale und schulische Berufsausbildung bis hin zur (dualen) Hochschulbildung, ist notwendig, um Zugänge zu eröffnen und Teilhabe für *alle* jungen Menschen zu ermöglichen. Sie liegt im Interesse von Wirtschaft und Gesellschaft.

Handlungsanforderungen an ein inklusives Ausbildungssystem

In der Expertise wurden Handlungsanforderungen dazu erarbeitet, wie die Teilbereiche der beruflichen Bildung einschließlich ihrer Bildungsangebote und Unterstützungsstrukturen *inklusiv* zu gestalten sind.

- ☞ Erstens sind exkludierende Sondersysteme wie berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, deren Zielgruppen mit defizitären Kategorisierungen stigmatisiert werden, zu überwinden.
- ☞ Zweitens ist für den Aufbau neuer inklusiver Ausbildungsstrukturen ein Recht auf Ausbildung mit einer Ausbildungsgarantie notwendig.
- ☞ Drittens bedarf es der Veranke-

rung von individualisierten flexiblen Ausbildungsstrukturen und integrierten flexiblen Hilfen sowie institutionell verankerten Partizipations- bzw. Mitbestimmungsmöglichkeiten, um den verschiedenen Ausbildungsvoraussetzungen *aller* junger Menschen gerecht werden zu können.

Diese Handlungsanforderungen bedingen grundlegende strukturelle Veränderungen und institutionelle Transformationsprozesse, die auch berufsbildende Schulen betreffen. Der Umbau hin zu einer diskriminierungsfreien Gestaltung von beruflicher Bildung, die für *alle* jungen Menschen unabhängig von sozialer oder ethnischer Herkunft, Geschlecht, Behinderung oder anderen Merkmalen gilt, erfordert den Aufbau *inklusive*r Strukturen, die in der Folge *inklusive* Praktiken und Kulturen in berufsbildenden Schulen, Betrieben und außerbetrieblichen Bildungseinrichtungen nach sich ziehen.

Ruth Enggruber
(Hochschule Düsseldorf)

Enggruber, R./Neises, F./Oehme, A./Palleit, L./Schröer, W./Tillmann, F. (2021): *Übergang zwischen Schule und Beruf neu denken: Für ein inklusives Ausbildungssystem aus menschenrechtlicher Perspektive. Expertise im Auftrag des Paritätischen Gesamtverbandes. Verfügbar:* https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/expertise_uebergangschule-beruf_2021.pdf

AUSBILDUNG INKLUSIV GESTALTEN - BEISPIELE

ZEITLICHE FLEXIBILISIERUNG

- Individuelle Absprachen
- Ausbildung in Teilzeit

EXTERNE UNTERSTÜTZUNGSANGEBOTE

- Assistierte Ausbildung flexibel
- Verzahnte Ausbildung
- Begleitete betriebliche Ausbildung
- Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen
- Jobcoaching
- Einstiegsqualifizierung
- Landesprogramme und Projekte vor Ort

ZUSCHÜSSE UND ÜBERNAHME VON KOSTEN

- Barrierefreie Einrichtung des Arbeitsplatzes
- Arbeitsassistenten für Azubis mit Beeinträchtigung
- Lohnkostenzuschüsse
- Zuschüsse zu Prüfungsgebühren
- Nachteilsausgleich
- Persönliches Budget
- Budget für Ausbildung

ANSPRECHPARTNER / BERATUNG

Teilhabe- und Inklusionsberatung / Integrationsfachdienste - Jugendberufsagenturen - Agentur für Arbeit - Migrationsfachdienste / Jugendmigrationsdienste - Integrationsämter / Rehabilitationsträger - Ausbildungsberatung der Kammern - Lokale und regionale Netzwerke und Organisationen

gefördert von



DEUTSCHLAND UND SEINE JURISTEN!

§ 73 Abs. 1a Nr. 24 des aktuell geltenden Infektionsschutzgesetzes lautet:

„Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig ... einer Rechtsverordnung nach § 5 Abs. 2

Satz 1 Nummer 4 Buchstabe c bis f oder g oder Nummer 8 Buchstabe c, § 13 Abs. 3 Satz 8 oder Abs. 4 Satz 2, § 17 Abs. 4 Satz 1 oder Abs. 5 Satz 1, § 20 Abs. 6 Satz 1 oder Abs. 7 Satz 1, § 23 Abs. 8 Satz 1 oder Satz 2, § 28b Abs. 6 Satz 1 Nummer 1, § 32 Satz 1, § 36 Abs. 8 Satz 1 oder Satz 4, jeweils auch in Verbindung mit Satz 5, Abs. 10 Satz 1 Nummer 1 oder Nummer 1a, jeweils auch in Verbindung mit

Satz 3, Nummer 2 oder Nummer 3, § 38 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 oder Abs. 2 Nr. 3 oder 5 oder § 53 Abs. 1 Nr. 2 oder einer vollziehbaren Anordnung auf Grund einer solchen Rechtsverordnung zuwiderhandelt, soweit die Rechtsverordnung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift hinweist.“

Da wartet viel Arbeit auf die Entbürokratisierer:innen. (DS)

WIR FINDEN DEN WEG GEMEINSAM!

SCHULE MAL ANDERS

Du hast Sorge, dass Du Deinen Hauptschulabschluss nicht schaffst?

Du brauchst etwas mehr Unterstützung beim Lernen?

Du möchtest nun Deinen Hauptschulabschluss nachholen?

Du hast noch keine Idee, welcher Beruf in Zukunft der richtige für Dich ist?

Wenn Du mindestens eine Frage mit „ja“ beantworten kannst, dann bist Du bei uns in der Kasseler Produktionsschule genau richtig:

Wir finden mit dir gemeinsam den Weg, deine Ziele zu erreichen!

KASSELER PRODUKTIONSSCHULE



SCHULE MAL ANDERS

Wir finden den Weg. Gemeinsam.
Outlaw
KASSEL

Gründe dafür sind vielfältig: familiäre Probleme, Sucht, gesundheitliche Einschränkungen, Lern- und Sprachbarrieren usw. Insbesondere für junge Menschen mit Flucht- oder Migrationshintergrund ermöglicht die Verbindung von Handeln und Lernen einen schnellen und nachhaltigen Deutscherwerb.

Den Weg zu uns finden die Schüler:innen, indem sie von betreuenden Einrichtungen, Beratungsstellen, dem Jobcenter Stadt Kassel sowie Kasseler Schulen gezielt über unsere Arbeit informiert werden. Unser Angebot ist in der Region fest verankert und bekannt.

Das Angebot

Die Hauptprozesse der Kasseler Produktionsschule finden in **zwei Arbeitsbereichen** statt: dem gewerblich-technischen und dem Dienstleistungsbereich.

Zum gewerblich-technischen Bereich gehören eine Holz-, eine Metall- und eine Elektrowerkstatt. In der Holzwerkstatt stellen die Produktionsschüler:innen einfache Werkstücke her, beispielsweise Vogelhäuschen oder Nistkästen, Schneidebrettchen, Bilderrahmen, Igelhäuser und kleine Sitzhocker. In

Die Kasseler Produktionsschule der Outlaw Kassel gGmbH ist ein Lern- und Arbeitsort, an dem junge Menschen bereits seit über 30 Jahren neben einem externen Hauptschulabschluss berufliche Kompetenzen erwerben können, um somit ihre Chance auf Ausbildung, Beschäftigung oder weiterführende Berufsbildungsmaßnahmen nachhaltig zu verbessern. Darüber hinaus finden die Schüler:innen hier Unterstützung bei den Prozessen der Persönlichkeitsentwicklung und -stabilisierung, bei der sozialen und kulturellen Integration sowie bei der Sicherstellung einer eigenständigen Lebensführung, ganz nach dem Outlaw-Leitsatz: „**Wir finden den Weg. Gemeinsam.**“

Die Kasseler Produktionsschule wird im Rahmen des Landesprogramms „Qualifizierung und Beschäftigung“ durch das Land Hes-

sen, den Europäischen Sozialfonds (ESF), das Jobcenter Stadt Kassel sowie das Jugendamt der Stadt Kassel gefördert. Als Lern- und Arbeitsort bietet sie 26 Plätze für junge Interessent:innen zwischen 14 bis 27 Jahren. In der Regel ist im Rahmen der Qualifizierung eine Teilnahme von 12 Monaten bis zu 2 Jahren vorgesehen. Ein Einstieg ist jederzeit möglich.

Unsere Zielgruppe sind junge Menschen mit den unterschiedlichsten Biografien. Da sind zum einen die klassischen „Schulverweigerer“, die nun ihren Schulabschluss nachholen möchten und zum anderen junge Menschen, die ihren Schulabschluss auf normalem Weg nicht geschafft haben. Die



der Metallwerkstatt entstehen Geduldspiele, Metalluhren, Stiftehalter, Pinnwände und vieles mehr. In der Elektrowerkstatt wiederum werden die Jugendlichen an Aufbau und Funktion von Rohr- und Versorgungsnetzen, Grundkenntnisse von Elektroanlagen, an Montage und



Reparaturarbeiten sowie allgemeine Wartungsarbeiten herangeführt. Darüber hinaus unterstützen die Produktionsschüler:innen die Ausführung von Kundenaufträgen.

Im Dienstleistungsbereich befinden sich der EinLaden sowie die Mediengestaltung der Outlaw Kassel gGmbH. Im EinLaden, in dem regionale Produkte erworben werden können, erlernen die Produktionsschüler:innen kaufmännische Grundlagen wie Verkaufsgespräche führen, Wareneingang und -pflege, Kassenführung und -abrechnung usw.

Die Einführung in die Gestaltungsgrundlagen, das Kennenlernen verschiedener Grafikprogramme, die Gestaltung einfacher Printmedien, das Erarbeiten von Präsentationsgrundlagen sowie die Realisation einfacher Projektpräsentationen erfolgt in der Mediengestaltung.

Zusätzlich zu den genannten Qualifizierungsangeboten können unsere Schüler:innen regelmäßig an

einer Koch AG teilnehmen und eine Nähstube besuchen.

Durch die Mitarbeit in den genannten Bereichen erfolgt die Qualifizierung an den konkreten Produktentstehungs- und Dienstleistungsprozessen. Die Produktionsschüler:innen erhalten einen real nachvollziehbaren Überblick über den Ablauf aller Phasen eines Betriebes. Im Rahmen dieses handlungsorientierten Lernansatzes erleben sie häufig zum ersten Mal Bildungserfolge und sammeln positive Lernerfahrungen. Darüber hinaus werden sie an arbeitsmarkt-relevante Kompetenzen herangeführt, wie z.B. Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Belastbarkeit, Teamarbeit und Konfliktbewältigung.

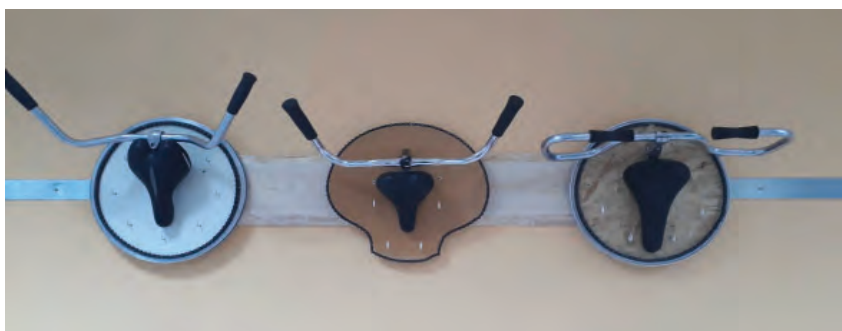
Parallel zu den beruflichen Abläufen bieten wir unseren Schüler:innen die **sozialpädagogische Begleitung und Unterstützung**. Vorwiegend geht es um die Stabilisierung der Arbeits- und Lernprozesse und Hilfe bei den unterschiedlichsten Themen, wie z. B.

Schulangst, Gewalterfahrungen, familiäre, gesundheitliche oder finanzielle Probleme, Beziehungsprobleme etc. Das Ziel der sozialpädagogischen Betreuung der Jugendlichen besteht darin, sowohl die sozialen Benachteiligungen als auch die individuellen Beeinträchtigungen aufzuarbeiten und möglichst abzubauen.

Trotz der verschiedenen Problemlagen der jungen Menschen stehen für uns ihre individuellen Kompetenzen und Potenziale im Fokus. Diese **Ressourcenorientierung** ermöglicht uns einen guten Zugang zu den jungen Menschen. Die individuellen Potenziale der Jugendlichen sollen gemeinsam, unter Berücksichtigung der jeweiligen Lebenswirklichkeit der Produktionsschüler:innen, gefördert und gestärkt werden.

Ein ebenfalls wichtiger Punkt der sozialpädagogischen Arbeit ist die Zusammenarbeit mit den Eltern von minderjährigen Jugendlichen, auf die wir großen Wert legen. Die Eltern haben jederzeit die Möglichkeit, sich über den Entwicklungsstand ihrer Jugendlichen zu informieren und in den Entwicklungsprozess einbezogen zu werden.

Neben der beruflichen Qualifikation und der sozialpädagogischen Betreuung erfolgt die **Vorbereitung auf den externen Hauptschulabschluss**. Die Grundlage der Vorbereitung bildet die Verordnung über die Prüfung für Nichtschüler:innen zum Erwerb des Hauptschulabschlusses. In Kooperation mit dem Staatlichen Schulamt für den Landkreis und die Stadt Kassel sowie verschiedenen Hauptschulen werden die Projektprüfung sowie die schriftlichen und mündlichen Prüfungen organisiert und durchgeführt.





Der Unterricht findet in den prüfungsrelevanten Fächern Deutsch, Mathematik, Biologie und Gesellschaftslehre sowie im Wahlfach Englisch für den qualifizierenden Hauptschulabschluss statt. Die Unterrichtseinheiten, die arbeitsbegleitend organisiert sind und an 3 Tagen in der Woche stattfinden, werden in Kleingruppen durchgeführt und richten sich nach dem jeweiligen Kenntnisstand und den individuellen Voraussetzungen unserer Produktionsschüler:innen. Für Nichtmuttersprachler oder Schüler:innen mit Förderbedarf wird ein zusätzlicher DaZ-Unterricht durchgeführt. Auch finden viele Angebote für Schüler:innen statt, die mit der gängigen Unterrichtsstrukturierung Schwierigkeiten haben. Hier werden in besonderer Form die Inhalte der einzelnen Arbeitsbereiche genutzt. Zunächst geht es darum, das Lernen wieder bzw. neu zu lernen und einen möglichen Schulfrust zu verhindern.

Auch die **Themen der Nachhaltigkeit und des Klimawandels** sind in der Produktionsschule ein zentraler Bestandteil. Die Schüler:innen lernen, wie sie ihren eigenen Beitrag leisten können, um die Umwelt zu schützen und die Ressourcen zu schonen. Dies geschieht durch praktische Projekte wie die Herstellung von Upcycling-Objekten, die Reparatur alter Fahrräder oder die Herstellung von nachhaltigen Produkten. Die Schüler:innen lernen dabei, Verantwortung zu übernehmen und sich für die Umwelt einzusetzen. Dies fördert nicht nur das Bewusstsein für Nachhaltigkeit, sondern auch die Teamarbeit und die Problemlösungsfähigkeiten der Schüler:innen.

Auch die Themen der Nachhaltigkeit und des Klimawandels



Der EinLaden

schutzes sind unabdingbar mit unserer Arbeit verbunden. Projektübergreifend beteiligen sich die Produktionsschüler:innen an verschiedenen Upcycling-Aktionen, z. B. die Herstellung von Gebrauchsgegenständen (Lampen, Pinnwände, Garderoben) oder auch die Reparatur alter Fahrräder. Diese werden auf Vordermann gebracht und entweder von den Teilnehmer:innen selbst genutzt oder an soziale Einrichtungen verschenkt. Hier können die Produktionsschüler:innen ihrer Fantasie freien Lauf lassen.

Eine solche umfassende Bildungsarbeit verlangt die Zusammenarbeit mehrerer Disziplinen und kann nur auf der Basis einer gut funktionierenden **Teamarbeit**, des gegenseitigen Respekts und Vertrauens zwischen Jugendlichen, Anleiter:innen, Lehrer:innen, sozialpädagogischen Fachkräften und Eltern gelingen.

Das Team der Kasseler Produktionsschule arbeitet zudem in regelmäßigem Austausch und in gegenseitiger Unterstützung miteinander. Nach dem Prinzip der Ganzheitlichkeit ergänzen wir uns in unseren Aufgaben, weswegen unsere Produktionsschüler:innen gute Erfolge verzeichnen und die gesetz-

ten Ziele erreichen. Im Jahr 2020 konnten, trotz der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Einschränkungen, 11 Schüler:innen den Hauptschulabschluss erwerben, ein Schüler erreichte sogar einen Notendurchschnitt von 1,0!

Auch in diesem Schuljahr werden wieder viele Produktionsschüler:innen ihre Chance auf einen Hauptschul-



abschluss wahrnehmen und an der Prüfung teilnehmen. Und so **„finden wir den Weg. Gemeinsam.“**

Erfahren Sie mehr über uns und weitere Projekte der Outlaw Kassel

gGmbH sowie der Outlaw gGmbH:
<https://outlaw-kassel.de/home.html>,

<https://www.outlaw-dienstung.de/ueber-uns/outlaw-ggmbh>,

<https://outlaw-kassel.de/verkauf.html>

Marta Filipowicz M.A. Deutsch als Fremd- und Zweisprache/ Koordination Kasseler Produktionsschule

Natascha Meiberth-Brück
 Geschäftsführung Outlaw Kassel gGmbH

KEIN ANSCHLUSS TROTZ ABSCHLUSS?!

Studie zu benachteiligten Jugendlichen am Übergang in Ausbildung 27.04.2021

Eine Studie des Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS) zeigt: Jugendlichen ohne Abitur gelingt der Übergang in Ausbildung immer schlechter.

Das Berufsbildungssystem ist im letzten Jahrzehnt stark unter Druck geraten: Hatte sich die Zahl der neuen Ausbildungsverträge bereits im Nachgang der Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008 um etwa 100.000 auf rund 520.000 in den letzten Jahren vor der Corona-Pandemie verringert, so sank diese Zahl im Jahr 2020 im Zuge der Pandemie weiter auf unter 470.000 und erreichte damit einen historischen Tiefstand.

Die Befunde der Studie „**Kein Anschluss trotz Abschluss?! Benachteiligte Jugendliche am Übergang in Ausbildung**“ deuten darauf hin, dass die Stabilisierung des Ausbildungsmarktes in den letzten Jahren fast ausschließlich durch mit Abiturientinnen und Abiturienten besetzte Ausbildungsplätze verursacht wurde. Sie machen nicht nur einen höheren Anteil an allen neuen Ausbildungsverträgen aus, sondern es steigt auch der Anteil der Abiturientinnen und Abiturienten, die im Anschluss an das Abitur eine duale Ausbildung absolvieren. Gleichzeitig sinken die Übergangschancen in duale Ausbildung für Jugendliche ohne Abitur, explizit auch für Jugendliche, die einen Realschulabschluss haben.

Die Befunde widerlegen zum einen die Behauptung, dass die duale Berufsausbildung in Deutschland für Abiturientinnen und Abiturienten unzureichend attraktiv

sei und zum anderen, dass sie nur das Studium im Blick hätten. Das Gegenteil ist richtig: das Abitur wird mehr und mehr zur zentralen Zugangsvoraussetzung für eine duale Ausbildung.

Demgegenüber haben alle anderen Gruppen von Schulabgängerinnen und Schulabgängern schlechtere Übergangschancen in die duale Ausbildung als noch vor ein paar Jahren. Während vor allem Jugendliche mit Realschulabschluss zwischen qualifizierenden schulischen Berufsausbildungen und dem Erwerb der Studienberechtigung wählen können, stehen diese Optionen Jugendlichen mit und ohne Hauptschulabschluss kaum bzw. nicht zur Verfügung. Ihnen gelingt entweder der Einstieg in eine duale Ausbildung oder sie münden ins Übergangssystem. Dabei sind die Chancen sowohl für Jugendliche mit als auch ohne Hauptschulabschluss deutlich schlechter als noch Anfang des letzten Jahrzehnts – in beiden Fällen sind die Übergangsquoten um etwa zehn Prozentpunkte niedriger als noch 2012. Dementsprechend hat sich die Zahl der jungen Menschen, die in das sogenannte Übergangssystem einmünden, in den vergangenen Jahren deutlich auf über 250.000 erhöht, zwischenzeitlich waren es sogar noch einmal rund 300.000.

Bei der Frage, welche Gruppen von jungen Menschen voraussichtlich vom weiteren Rückgang der Zahl der Ausbildungsplätze im dualen System besonders betroffen sein werden, kommt die Studie zu dem Schluss, dass es vor allem die Jugendlichen mit und ohne Hauptschulabschluss, aber auch diejeni-

gen mit einem Realschulabschluss sein werden. Diese drei Gruppen hatten bereits in den vergangenen fünfzehn Jahren beträchtliche und wachsende Schwierigkeiten, einen Ausbildungsvertrag zu bekommen. Das Nadelöhr am Übergang Schule–Ausbildung wird deutlich enger. Für viele Jugendliche gilt somit: Trotz Abschluss kein Anschluss.

Die Studie kann herunter geladen werden unter: www.fibs.eu

MIT ORIENTIERUNG IN AUSBILDUNG UND BERUF

BIBB und BMBF präsentieren mit *Berufenavi.de* ein innovatives Berufsorientierungsportal.

Vergangenen Monat wurde virtuell das neue Online-Portal zur beruflichen Orientierung für Jugendliche vorgestellt.

Das Portal ergänzt als neuer digitaler Baustein die Initiative Bildungsketten der Bundesregierung, die sich dafür stark macht, dass jede und jeder Jugendliche nahtlos von der Schule in die Ausbildung übergehen kann. Jugendliche der Schulabgangsklassen können beispielsweise Talenttests machen, Praktikumsbörsen durchsuchen oder sich mit persönlichen Beraterinnen und Beratern vernetzen und so erst einmal Orientierung finden. Sollten die Berufsvorstellungen klarer sein, besteht die Möglichkeit, nach Eingabe des Wunschberufs und der heimischen Postleitzahl örtliche und regionale Angebote angezeigt zu bekommen. *Berufenavi.de* bietet somit die Möglichkeit, die vielen digitalen Angebote der Berufsfindung an einem zentralen Ort zu bündeln und diese verfügbar, zugänglich und sichtbar zu machen.

Mehr Informationen unter: www.berufenavi.de **Quelle: BIBB aktuell 7/2021**

WER GIBT DEN BERUFLICHEN SCHULEN IN HESSEN DEN NAMEN?

Die meisten berufsbildenden Schulen in Hessen haben einen Namen, den sie einstmals bewusst mit ihrer Identität und Zielvorstellung gewählt haben. Insoweit stellen wir in jedem Insider zwei Schulen mit ihren Namensgeber/innen vor und stellen somit auch ein Stück Erinnerung und Bewusstwerdung her. In dieser Ausgabe präsentieren sich die Peter-Behrens-Schule in Darmstadt und die Ferdinand-Braun-Schule in Fulda. Wer für die nächste Ausgabe etwas zu seiner/ihrer Schule schreiben möchte, ist dazu herzlich eingeladen. (Die Redaktion).

Nobelpreisträger Prof. Dr. Karl Ferdinand Braun gab der Schule den Namen



*6.6.1850 Fulda – +20.4.1918 New York
1909 Nobelpreis

Der Namensgeber der berufsbildenden Schule, Karl Ferdinand Braun – Hochschulprofessor, Forscher, Entdecker und Nobelpreisträger –, gehört zu jenen genialen Männern des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, die schon in jungen Jahren Bahnbrechendes erdachten und erfolgreich praktisch

anwandten. Die Ergebnisse dieses Wirkens kommen heute allen Menschen zugute.

Die Braunsche Röhre: Die noch heute anhaltende Bekanntheit verdankt Braun seiner Kathodenstrahlröhre, die nach ihm auch oft Braunsche Röhre genannt wird. Ohne seine Erfindung wäre die Entwicklung der drahtlosen Telegraphie, später des Fernsehens und der Radartechnik nicht möglich gewesen. Diese Röhre konnte nicht nur für Oszilloskope verwendet werden, sondern wurde erstmals durch Manfred von Ardenne auch als ein grundlegendes Bauteil bei der ersten vollelektronischen Fernsehübertragung am 14. Dezember 1930, als sogenannte Bildröhre für Fernsehgeräte verwendet.

Professor Dr. Karl Ferdinand Braun war Wissenschaftler, Techniker und Industrieller zugleich. Er gründete die Braun-Gesellschaft, die später zur Braun-Siemens-Gesellschaft erweitert wurde und dann zu Telefunken fusionierte. Im Jahre 1914 reiste Braun zu Verhandlungen nach Amerika. Er konnte während des Krieges als Zivilinternierter nicht mehr zurückkehren. Er starb am 20. April 1918 in Brooklyn.

Zur Schule

Mit der Umorganisation des gewerblichen Berufsschulwesens in Stadt- und Landkreis Fulda entstand 1974 die Gewerblich-technische Berufsschule der Stadt Fulda mit den Berufsfeldern der metallgewerblichen, der elektrotechnischen, der bau- und holzgewerblichen, der drucktech-

nischen, der naturwissenschaftlich-technischen und der gestaltenden Berufe. Die Berufsfelder Metall-, Elektrotechnik und Chemische/Physikalische Technik bezogen das neue Gebäude in der Goerdelerstraße. Die anderen Berufsfelder verblieben bis zur Fertigstellung des Erweiterungsbaus 1987/88 in der alten Berufsschule in der Esperantostraße. Am 7. November 1974 wurde das neue Schulgebäude mit Theorie- und Fachräumen sowie einem modern ausgestatteten Werkstatttrakt übergeben und eingeweiht. Die Gewerblich-technische Berufsschule der Stadt Fulda erhält den Namen Ferdinand-Braun-Schule, Technische Schulen der Stadt Fulda, benannt nach dem Physiker, Elektrotechniker und Nobelpreisträger Ferdinand Braun. Quelle: Wikipedia

Berufliche Bildungsangebote heute

Berufsschule, Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung, Zweij. Berufsfachschule zum MB, Berufliches Gymnasium, Fachoberschule, Fachschule für Technik.

Das neu entstandene Automatisierungszentrum mit modernsten Werkstatt-Ausstattungen im Metall-, Elektro- und Kfz-Bereich ist für die Region einmalig und soll sich perspektivisch für Hessen zum Zentrum für Automatisierungstechnik entwickeln. Ferdinand Braun hätte sicherlich seine besondere Freude daran.

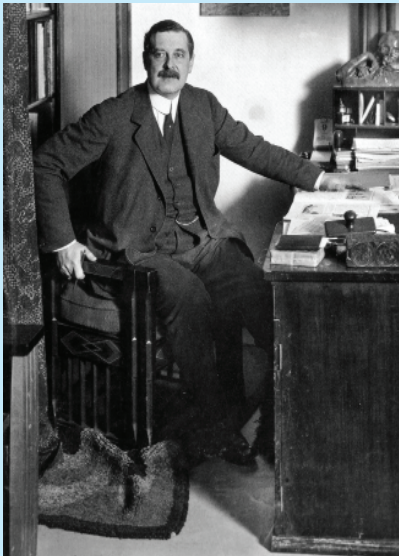
Mehr Details auf der Homepage der Schule unter www.ferdinand-braun-schule.de

Wolfgang Hill, GEW Landesfachgruppe Berufliche Schulen

Im Licht des Weltkulturerbes – die Peter-Behrens-Schule in Darmstadt

Die Peter-Behrens-Schule (PBS) in Darmstadt hat einen besonderen Namensgeber: Den „Alleskönner & Alles-Gestalter“ Peter Behrens. Mit der Aufnahme der Mathildenhöhe als Weltkulturerbe rückt auch der Namensgeber der PBS mit seinem Wirken wieder stärker ins Bewusstsein.

Peter Behrens (1868-1940) war ein Multitalent, der Kunst, Architektur und Mediengestaltung auf geniale Weise verknüpfte. Diese Fähigkeiten bewies Behrens, als er 1899 von Großherzog Ernst Ludwig von Hessen mit weiteren Künstlern nach Darmstadt berufen wurde, um eine Künstlerkolonie zu gründen.



Bis dahin Maler und Künstler ging er dort neue Wege und ließ sich nicht durch bestehende Formen einengen. Er beschäftigte sich autodidaktisch mit Architektur und hatte die Vision, ein Haus zu bauen, in dem alles inklusive des gesamten Interieurs von Möbeln bis hin zum Geschirr nach seinen Ideen individuell gestaltet und eingerichtet war. Bei der Eröffnung

1901 war das Haus Behrens, das als Gesamtkunstwerk angelegt und bis ins kleinste Detail durchgestaltet war, die Sensation und machte ihn mit einem Schlag international bekannt.

In rasantem Tempo entwickelte er sich vom Maler zum Kunstgewerbler und Architekten. Er war ein Visionär, der seine Ideen in multiplexer Weise umsetzte und Dinge künstlerisch wertvoll und gleichzeitig praktisch und funktional gestaltete. Mit diesem Anspruch betätigte er sich bei der Firma AEG im Design von Haushaltsgeräten und gilt als Pionier des Industriedesigns. Durch eindeutige Merkmale auf den Geräten gelang es, dass die Konsumenten sich mit den hochwertigen Produkten identifizieren konnten. Bei der AEG gestaltete er vom Logo über die Produkte bis hin zu den Fabrikbauten alles in einem einheitlichen Stil. Er gilt als Erfinder des Corporate Design, lange bevor es diesen Begriff überhaupt gab.

Als Designer und Schriftgestalter entwickelte er Logos und Schriften, u. a. die Behrens Antiqua. An seine „Behrens-Schrift“ angelehnt, entwarf er den Schriftzug „Dem Deutschen Volke“ am Berliner Reichstagsgebäude.

Sein Leben lang beschäftigte er sich damit, Dingen Schönheit zu verleihen, in immer wieder neuen Bereichen. Er war ein sprichwörtlicher Alleskönner: Architekt, Maler, Designer und Typograf.

Peter Behrens – Bezug zur Schule

Behrens war so vielfältig wie der Lehrstoff an der PBS. Deshalb passt sein Name so gut zu unserer Schule, zumal er selbst als Dozent lehrte. Würde er heute sein Haus bauen wollen, so könnte die PBS ihn in vielen Bereichen unter-

stützen, um seine Visionen wahr werden zu lassen.

Die PBS ist eine selbständige berufliche Schule mit ca. 2000 Schüler*innen sowie Auszubildenden in 35 Ausbildungsberufen, die sich in fünf Abteilungen und Schulformen verteilen und von ca. 100 Lehrer*innen unterrichtet werden. Es gibt die Abteilungen Bau- u. Holztechnik; Drucktechnik und Mediengestaltung/Farbtechnik und Raumgestaltung; Ernährung und Hauswirtschaft sowie Chemie, Physik und Biologie. Die Abteilung Vollzeitformen beinhaltet die Berufsfachschule im Übergang zur Ausbildung und die Fachoberschule.

Unsere Stärke ist ein breites, aufeinander aufbauendes Bildungsangebot in unterschiedlichen Berufsfeldern. Wir legen Wert auf die Verknüpfung von praktischen und theoretischen Lerninhalten. Inspiriert von Behrens Idealen und Ideen steht die PBS für Vielseitigkeit, Offenheit, Kreativität und Innovation. So ist die Schule offen für internationale Begegnungen z.B. mit USA/Wisconsin und Frankreich. Im Zentrum unseres Handelns steht der Mensch mit seinen Potenzialen und Möglichkeiten. „PBS“ steht für **P**ersönlichkeit durch **B**ildung **S**tärken. Wenn unsere Schule seinen Namen trägt, dann nicht nur, weil in ihr Berufe unterrichtet werden, für die er gewirkt hat. Auch sein Leben selbst ist Ansporn: Wenn man eine Vision hat, die man unbedingt leben und umsetzen möchte, ist fast alles möglich, um den beruflichen Weg zu finden.

Vielfalt war die Stärke von Peter Behrens - Vielfalt ist die Stärke der Peter-Behrens-Schule!

Sonja Gunkel

GLOBAL EDUCATION WEEK MIT „GRENZENLOS“ AN DER PPC IN LIMBURG

Romina Ghasemizadeh ist nicht wenig aufgeregt, als sie ihren eigenen Namen an der Ankündigungstafel der berufsbildenden Peter-Paul-Cahensly Schule (PPC Schule) in Limburg liest. Vom 15. bis 19. November 2021 findet deutschlandweit die „Global Education Week“ statt. In diesem Kontext werden an der PPC Veranstaltungen zum Thema „Digitales Lernen weltweit fair gestalten!“ umgesetzt. Ghasemizadeh bietet hierfür eine „Lehrkooperation¹“ zum Thema „Smart Phone Smart Use“ an.

Die Global Education Week, die in Deutschland von der Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd beim World University Service (WUS) koordiniert wird, ist eine europaweite Aktionswoche des Nord-Süd-Zentrums des Europara-

bekannt zu machen.

Das passt gut zu Ghasemizadehs Hobby. Sie ist iranische Physikstudentin an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Im entwicklungspolitischen Bildungsprojekt „Grenzenlos – Globales Lernen in der beruflichen Bildung“ ist sie mit rund 100 weiteren qualifizierten Studierenden aus Afrika, Asien und Lateinamerika aktiv, um die Agenda 2030 zu erreichen. Dafür geht sie in ihrer Freizeit an berufsbildende Schulen und führt dort kostenlose Lehrkooperationen durch, deren roter Faden die 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) sind.

Obwohl es Ghasemizadehs erster Einsatz ist, weicht die Aufregung schnell, denn sie wird im Klassen-

zimmer von der erfahrenen und engagierten Lehrerin Stefanie Ax unterstützt. Ax setzt sich bereits seit Langem für Nachhaltigkeitsthemen an ihrer Schule ein und hat die Klasse inhaltlich gut vorbereitet. Sie setzt darauf, dass außerschulische Bildungsprojekte wie „Grenzenlos“ wichtige Denkanstöße liefern können.

Konsum von digitalen Tools, wie dem täglich genutzten Smartphone. In einer Klasse von 16 angehenden Bürokaufleuten regt Ghasemizadeh am Beispiel des Smartphones dazu an, sich mit den Produktionsbedingungen elektronischer Geräte und den Konsequenzen für den Globalen Süden auseinanderzusetzen.

Hierfür hat sie vier Phasen vorbereitet: Zunächst stellt sie sich ausführlich vor – das allein lässt die Lernenden aufhorchen: eine junge Frau, die sich für ein Physikstudium entscheidet, ist noch immer nicht alltäglich in Deutschland. Und dann kommt sie auch noch aus einem anderen Land, dem Iran. Nun gehört ihr die volle Aufmerksamkeit der Gruppe.

Die eigentliche Lehrkooperation beginnt mit einem Quiz zu allgemeinen Fakten zu Smartphones und Elektroschrott. Mithilfe eines Filmclips und einer Präsentation wird das Wissen zum Thema vertieft. Auf diese informative Phase folgt ein ca. 60-minütiges Planspiel, bei dem die Lernenden in unterschiedliche Rollen schlüpfen können. Somit wird der wichtige „Perspektivwechsel“ im Globalen Lernen bewirkt. Damit können sich die jungen Lernenden in Deutschland hautnah mit der Situation in anderen Regionen in der Welt identifizieren und nachfühlen, was Globale Ungleichheit heißt. Die Lehrkooperation endet mit gemeinsam entwickelten Handlungsoptionen, wie sie selbst zu mehr Gerechtigkeit in der Welt beitragen können.

tes in Lissabon. Die Aktionswoche hat zum Ziel, Themen des Globalen Lernens in der Öffentlichkeit

Bei der Lehrkooperation am 17. November 2021 ist das Thema SDG 12: der kritische Blick auf den

¹ Die Einsätze an beruflichen Schulen werden als „Lehrkooperationen“ bezeichnet, um den kooperativen Charakter der Veranstaltung zu verdeutlichen. Die als Multiplikatoren geschulten ausländischen Studierenden kommen als Lehrpartnerinnen und Lehrpartner mit ihren Inhalten und den interaktiven Methoden des Globalen Lernens in den Unterricht. Die Lehrkräfte unterstützen die Einsätze, lassen ihre jahrzehntelangen wertvollen Erfahrungen einfließen und geben im Anschluss ihr Feedback weiter. Somit findet für beide Seiten ein wertschätzender Lernprozess auf Augenhöhe statt.

Lehrerin Stefanie Ax lobt die didaktische Umsetzung der Inhalte. Die Präsentation sei „sehr gelungen und ansprechend“. Ghasemizadeh sei als Referentin souverän auf die Lernenden zugegangen, habe eine gute Präsenz im Raum gehabt und hätte gekonnt zwischen Nähe und Distanz gewechselt. Während der Lehrkooperation hätten die Lernenden sehr aktiv mitgemacht und gesteigertes Interesse an der Thematik durch reges Nachfragen gezeigt. Nach solchen Lehrkooperationen sei es ihre Aufgabe als Lehrerin, so Ax, beim gelieferten Denkanstoß „anzusetzen, weiterzumachen und zu vertiefen“.

Das Vertiefen ist auch schon geplant: Ax hat zwei Handysam-

Wer nun neugierig geworden ist und gerne mehr über die „Global Education Week“ oder das WUS-Projekt „Grenzenlos—Globales Lernen in der beruflichen Bildung“ erfahren möchte oder selbst gerne Projekte an der eigenen beruflichen Schule umsetzen will, erreicht uns unter World University Service (WUS) e.V., Gobenstrasse 35, 65195 Wiesbaden und per mail unter grenzenlos@wusgermany.de, oder infostelle@wusgermany.de, Tel.: 0611-9446051.

Das entwicklungspolitische Bildungsprojekt wird in Hessen gefördert vom Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen und von den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Rheinland-Pfalz und dem Saarland sowie von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Das Projekt gehört zudem in Hessen zu der Dachmarke „Nachhaltigkeit Lernen in Hessen“ des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

melboxen bestellt. Diese sollen die Lernenden in den nächsten Monaten in der Schule bei verschiedenen Projekten mit ihren alten Handys befüllen, statt sie einfach wegzwerfen oder in einer Schublade zu horten. Zum Schuljahresende im Sommer 2022 ist der große Moment gekommen: Die Klasse wird die vollen Sammelboxen bei der Sammelstelle in Frankfurt abgeben und dies mit einem kleinen Ausflug verbinden. Gemeinsam mit Romina Ghasemizadeh. „Das“, so findet Ax, „ist dann eine richtig runde Sache“.

Solche mehrphasigen Projekte wie bei der diesjährigen Global Education Week sind an der PPC keine Eintagsfliegen, sondern gehören ganz selbstverständlich zum Schulalltag. Die PPC bietet als moderne Schule neben verschiedenen Vollzeit-Schulformen auch ein einzigartiges Profil in der Region als Bildungsträger mit Auszeichnungen und Projektsiegeln an: Seit Dezember 2019 ist die PPC unter anderem auch „Grenzenlos-Schule“ und somit Teil eines bundesweiten Netzwerks von über 40 berufsbildenden Schulen im Bereich Bildung für Nachhaltige Entwicklung (BNE).

Darüber hinaus ist die PPC mit dem Siegel „Nachhaltigkeit lernen in Hessen“ ausgezeichnet. Dieses Siegel wird durch die Dachmarke des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz für Schulen ausgelobt, die Engagement im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung



(BNE) aufweisen. „Grenzenlos“ ist Teil dieser Dachmarke.

Mit diesem umfassenden Profil ist die PPC ein Paradebeispiel für die Umsetzung des sogenannten „whole-school-approach“, einer der zentralen Empfehlungen des „Orientierungsrahmens für den Lernbereich Globale Entwicklung“, den die Kultusministerkonferenz und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) im Jahr 2016 neu aufgelegt haben.

Dr. Julia Boger (WUS-Referentin im Projekt „Grenzenlos“)



NUR LEICHTE ERHOLUNG AUF DEM AUSBILDUNGSMARKT

BIBB-PM 36/2021 | 15.12.2021

BIBB-Präsident Esser: „Fachkräftesicherung wird eine der größten Herausforderungen dieses Jahrzehnts“

Nach den erheblichen Einbußen im vergangenen Jahr im Zuge der Corona-Pandemie und ihrer Bekämpfung hat sich die aktuelle Lage auf dem Ausbildungsmarkt im Jahr 2021 nur leicht entspannt. Das Niveau von vor der Pandemie wurde bei Weitem nicht erreicht. Mit insgesamt 473.100 neu abgeschlossenen dualen Ausbildungsverträgen wurden 5.600 Verträge (+1,2 %) mehr abgeschlossen als 2020. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge fiel aber immer noch um 52.000 niedriger aus als 2019 (525.000 Verträge).

Dies sind zentrale Ergebnisse der Analysen des **Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB)** zur Ent-

wicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2021. Sie basieren auf der BIBB-Erhebung über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge zum Stichtag 30. September sowie auf der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA).

Das Angebot an Ausbildungsstellen lag 2021 bei 536.200. Das sind 8.800 (+1,7 %) mehr als 2020, aber noch immer mehr als 40.000 weniger als 2019 vor der Corona-Pandemie (578.200).

Die Zahl der jungen Menschen, die eine duale Berufsausbildung nachfragten, ging im Vergleich zum Vorjahr nochmals um 4.800 (-0,9 %) auf 540.900 zurück. Die Ausbildungsplatznachfrage erreichte damit einen neuen Tiefstand seit 1992, als erstmals Daten für das wiedervereinigte Deutschland vorlagen.

Die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen

stieg dagegen weiter an und erreicht ein neues Rekordniveau. 63.200 Ausbildungsstellen blieben 2021 unbesetzt. Das entspricht einem Anstieg um 3.200 (+5,4 %) im Vergleich zu 2020. Schon in den Jahren zuvor war die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen stetig gestiegen









(2019: 53.100, 2020: 59.900).

Die Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt zu verringern, also Jugendliche und Betriebe besser zusammenzubringen, stellt laut BIBB-Analyse auch im Jahr 2021 die zentrale Herausforderung am Ausbildungsmarkt dar. Zwar hat sich aus Sicht der Jugendlichen und jungen Erwachsenen die Lage etwas entspannt, denn der Anteil der noch eine Ausbildungsstelle suchenden Bewerberinnen und Bewerber an der Gesamtnachfrage fiel mit 12,5 % niedriger aus als 2020 (14,3 %). Hier wurde fast wieder der Wert von 2019 erreicht (12,3 %). Aber gleichzeitig ist der Anteil der unbesetzten Ausbildungsstellen am betrieblichen Gesamtangebot weiter gestiegen (2019: 9,4 %, 2020: 11,7 %, 2021: 12,2 %). Dabei gibt es erhebliche Unterschiede zwischen Berufen und Regionen.

Nach Auffassung von **BIBB-Präsident Friedrich Hubert Esser** hatte die Corona-Pandemie auch 2021 den Ausbildungsmarkt fest im Griff. „Große Sorge bereitet mir der weitere Rückgang auf der Nachfrageseite, ein eindeutiger Beleg dafür, dass das Interesse der Jugendlichen und jungen Erwachsenen an der dualen Berufsausbildung weiter nachlässt. Und da, wo heute die Auszubildenden fehlen, fehlen morgen die Fachkräfte. Deshalb wird die Sicherung des Fachkräftebedarfs zu einer der größten Herausforderungen dieses Jahrzehnts. Nur mit einer attraktiven und starken dualen Berufsausbildung wird es gelingen, dieser Herausforderung zu begegnen.“

Digitalisierung: Breit gefächelter Weiterbildungsbedarf

So viel Prozent des Berufsbildungspersonals sehen in diesen Bereichen persönlichen Weiterbildungsbedarf

	Ausbilder	Berufsschullehrer
Vermittlung digitaler fachspezifischer Inhalte	 91,9	 83,9
Einsatz digitaler Lernmedien	 91,2	 85,3
Kenntnisse über neue Technologien/Software	 90,3	 84,1
Selbst- und Sozialkompetenzen	 66,1	 52,2

Befragung von 157 Berufsschullehrern und 261 Ausbildern von November 2020 bis Januar 2021

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

NEU: DIE SERVICESTELLE JUGENDBERUFSAGENTUREN

Überblick und Vernetzung 16. November 2021

Drei Partner, eine Mission: Das ist die Konstellation, in der **Jugendberufsagenturen** wachsen. Die Servicestelle Jugendberufsagenturen im Bundesinstitut für Berufsbildung hilft ihnen. Sie bündelt Wissen, sammelt Praxisbeispiele und vernetzt die einzelnen Arbeitsbündnisse bundesweit – vor Ort und auf Online-Plattformen.

Nicht überall wagen Jugendberufsagenturen einen solchen Schritt wie in Bielefeld: Wenige hundert Meter vom Hauptbahnhof entfernt ist ein ganzes Haus neu gebaut worden – eine eigene Anlaufstelle für tausende Bielefelder Jugendliche, die Rat suchen auf ihrem Weg von der Schule hinein ins Berufsleben. Der Bielefelder Weg ist eine Möglichkeit, jede Kommune kann aber andere Wege gehen: Mal belegen Jugendberufsagenturen ein Gebäude, mal ein kleines Büro, manchmal haben sie gar keine eigenen Räume und setzen auf eine virtuelle Anlaufstelle.

Das Modell Jugendberufsagentur ist nicht fix oder vorgegeben. Alle rechtskreisübergreifenden Kooperationsbündnisse entwickeln ihre eigene Form einer Jugendberufsagentur, unabhängig davon, ob sie sich als Jugendberufsagentur bezeichnen oder einen anderen Namen tragen. Das ist Vorteil und Herausforderung zugleich. Bei diesem Prozess zwischen Jobcenter, Agentur für Arbeit und der kommunalen Jugendhilfe will die Servicestelle Jugendberufsagenturen helfen. Sie unterstützt die Zusammenarbeit der Rechtskreise SGB II, SGB III und SGB VIII.

Online und offline: Die Angebote der Servicestelle

Seit Ende 2019 existiert die Servicestelle Jugendberufsagenturen, angesiedelt im Bundesinstitut für Berufsbildung. Seit Mitte 2021 geht sie aktiv auf Akteurinnen und Akteure in den drei Rechtskreisen zu, um für Jugendberufsagenturen zu werben und ihre Entwicklung zu fördern. Das tut sie mit diesen Angeboten:

Das **Online-Portal** bündelt Informationen rund um die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit am Übergang von der Schule zum Beruf. Hier finden sich unter anderem Fachpublikationen.

Datenbank und Deutschlandkarte bieten zukünftig einen bundesweiten Überblick über alle Jugendberufsagenturen. So entsteht nicht nur eine Übersicht, wie sich Konzepte bundesweit entwickeln. Einzelne Jugendberufsagenturen können über diese übersichtlichen Angebote auch schnell Kolleginnen und Kollegen zum Austausch finden.

Im **Praxisbereich** sammelt die Servicestelle Lösungen von Jugendberufsagenturen für andere Jugendberufsagenturen. Hier geht es beispielsweise darum, wie sie ihre Zusammenarbeit gestalten, wie sie ihr Angebot aufbauen und wie sie kommunizieren.

In **Interviews** kommen Praktikerinnen und Praktiker zu Wort. Sie geben Jugendberufsagenturen ein Gesicht und berichten über ihre alltäglichen Erfahrungen.

Gastbeiträge von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ordnen Themen ein, etwa zum

Ausbildungsmarkt oder zum Umgang junger Menschen mit der Corona-Pandemie.

Direkter **digitaler Austausch** ist über ein weiteres Angebot möglich: Die Servicestelle nutzt hierfür die Plattform der Fachstelle „überaus“, ebenfalls ein Angebot unter dem Dach des Bundesinstituts für Berufsbildung. Sie lädt Jugendberufsagenturen ein, sich kostenfrei in diesem digitalen Netzwerk auszutauschen. Registrierte Mitglieder können sich dort anderen Jugendberufsagenturen vorstellen, sich austauschen und zu bestimmten Themen Gruppen bilden, um gegenseitig Erfahrungen weiterzugeben.

Veranstaltungen sollen zukünftig zwei Funktionen erfüllen: Sie bieten ein Forum zum Vernetzen und zugleich vertiefte Informationen zu konkreten Fragestellungen. Ein Onlinekalendar listet auch die Termine anderer Veranstalter rund um die rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit am Übergang Schule - Beruf auf.

Die Servicestelle Jugendberufsagenturen ist eine Initiative des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Die Servicestelle agiert in enger Kooperation mit der Bundesagentur für Arbeit und den kommunalen Spitzenverbänden. Auch die Expertise des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie der Länder fließt in die Arbeit der Servicestelle Jugendberufsagenturen ein.

Näheres unter:
www.servicestelle-jba.de

NUMERUS CLAUSUS-CHECK 2021/22

Weiterhin über 40% der Studiengänge mit NC 26.11.2021

Studieren? So einfach ist das dann doch nicht. In über 40% der Studiengänge gibt es aktuell eine Zugangsbeschränkung. Dabei sind es nicht die Anforderungen des Studiengangs, die im Vordergrund stehen, sondern die Kapazitäten der Hochschule. Oder anders ausgedrückt: Ist der Studienort und das Studienfach besonders beliebt, ist die NC-Quote am höchsten.

Nach Angaben des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) sind zum Wintersemester 2021/22 insgesamt 40,1% der Studiengänge zulassungsbeschränkt, 37,5% an Unis und 41,9% an Hochschulen. Auch trifft es 41,6% der Bachelor- und 38,7% der Masterstudiengänge.

Nach Aussage des CHE bleiben weiterhin große Unterschiede zwischen den verschiedenen Bundesländern. Insbesondere in den Stadtstaaten Hamburg und Berlin, aber auch im Saarland, sind vergleichsweise hohe NC-Quoten von 63 Prozent und höher zu finden, wohingegen in Mecklenburg-Vorpommern (19,8%), Thüringen,

Rheinland-Pfalz, Brandenburg und Sachsen-Anhalt jeweils deutlich unter 30 Prozent der Studiengänge zulassungsbeschränkt sind.

Die Ergebnisse zeigen, dass es immer noch starke Unterschiede in der Balance von Angebot und Nachfrage zwischen verschiedenen Bundesländern, Hochschultypen, Abschlussarten und Fächergruppen gibt.

Das Fazit der Wissenschaftler: „Im Städte-Vergleich zeigen sich weiterhin recht deutliche Unterschiede. Größte Chancen auf einen Studienplatz in einer Hochschulstadt mit mehr als 50.000 Studierenden haben Bewerber*innen in Dortmund. Hier liegt die NC-Quote bei der diesjährigen Auswertung des CHE bei 23 Prozent. Die Höchstwerte unter allen Hochschulstädten mit mehr als 17.000 Studierenden haben Saarbrücken und Leipzig mit 65 bzw. 63 Prozent.“

(Quelle: [CHE](#))

Die komplette Studie des CHE steht kostenlos unter www.che.de zum [Download](#) bereit.

CHECK - NUMERUS CLAUSUS AN DEUTSCHEN HOCHSCHULEN 2021/22

Daten Deutschland (6): NC-Quoten nach Fächergruppen

Die Rechts-, Wirtschafts-, Gesellschafts- und Sozialwissenschaften haben den höchsten Anteil an zulassungsbeschränkten Studiengängen. Im Bereich Mathematik / Naturwissenschaften sowie Ingenieurwissenschaften ist dagegen nur etwas mehr als jedes dritte Studienangebot zulassungsbeschränkt. Die niedrigste Quote weisen die Sprach- und Kulturwissenschaften auf.

Rechts-, Wirtschafts-,
Gesellschafts- und
Sozialwissenschaften



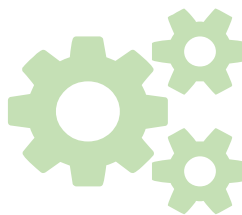
48,8
%

Mathematik, Natur-
wissenschaften



37,3
%

Ingenieur-
wissenschaften



33,7
%

Sprach- und Kultur-
wissenschaften



27,0
%

Anteil der zulassungsbeschränkten Studiengänge nach Fächergruppen (WS 2021/22)

9

Quelle: Hochschulkompass der Hochschulrektorenkonferenz

Impressum

Herausgeber:

Gewerkschaft für Erziehung und
Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12 • 60325 Frank-
furt • Tel.: 069 / 97 12 930 •
Fax : 069 / 97 12 93 93

GEW-Landesfachgruppe
Berufsbildende Schulen

Layout:

Matthias Hohmann

Email: m.hohmann@gmx.net

Drucklegung: November 2021

Redaktion:

Dieter Staudt

Messeler Straße 3 •
64390 Erzhausen •
Tel. : 06150 / 75 69 •

Email: dstaudt@t-online.de

Auflage: 4600

Redaktionsschluss:
31.12.2021

Druckerei:

Bender GmbH
Hauptstraße 27
35435 Wetztenberg/Gießen
0641 984996-0

Das Urheberrecht für veröffentlichte Manuskripte und Fotos liegt ausschließlich bei der Redaktion. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie Vervielfältigung oder sonstige Verwertung von Texten und Bildern darf nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers erfolgen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt die Redaktion keine Haftung. Die Zustimmung zum Abdruck wird vorausgesetzt.

Leserbriefe werden bevorzugt entgegengenommen, können aus redaktionellen Gründen jedoch gekürzt werden.

DIE GESCHICHTE VOM BLUMENTOPF UND DEM BIER

Wenn die Dinge in deinem Leben immer schwieriger werden, wenn 24 Stunden am Tag nicht genug sind, erinnere dich an den „Blumentopf und das Bier“.

Ein Professor stand vor seiner Philosophie-Klasse und hatte einige Gegenstände vor sich. Als der Unterricht begann, nahm er wortlos einen sehr großen Blumentopf und begann diesen mit Golfbällen zu füllen.

Er fragte die Studenten, ob der Topf nun voll sei. Sie bejahten es.

Dann nahm der Professor ein Behältnis mit Kieselsteinen und schüttete diese in den Topf. Er bewegte den Topf sachte und die Kieselsteine rollten in die Leerräume zwischen den Golfbällen.

Dann fragte er die Studenten wiederum, ob der Topf nun voll sei. Sie stimmten zu.

Der Professor nahm als nächstes eine Dose mit Sand und schüttete diesen in den Topf. Natürlich füllte der Sand den kleinsten verbliebenen Freiraum. Er fragte wiederum, ob der Topf nun voll sei. Die Studenten antworteten einstimmig „ja“.

Der Professor holte zwei Dosen Bier unter dem Tisch hervor und schüttete den ganzen Inhalt in den Topf und füllte somit den letzten Raum zwischen den Sandkörnern aus. Die Studenten lachten.

„Nun“, sagte der Professor, als das Lachen langsam nachließ, „Ich möchte, dass Sie diesen Topf als die Repräsentation ihres Lebens

ansehen. Die Golfbälle sind die wichtigen Dinge in ihrem Leben: Ihre Familie, ihre Kinder, ihre Gesundheit, ihre Freunde, die bevorzugten, ja leidenschaftliche Aspekte ihres Lebens, mit welchen ihr Leben trotzdem noch erfüllend wäre, falls in Ihrem Leben alles verloren ginge und nur noch diese verbleiben würden.“

„Die Kieselsteine symbolisieren die anderen Dinge im Leben wie Ihre Arbeit, Ihr Haus, Ihr Auto. Der Sand ist alles andere, die Kleinigkeiten.“

Falls Sie den Sand zuerst in den Topf geben“, fuhr der Professor fort, „hat es weder Platz für die Kieselsteine noch für die Golfbälle. Dasselbe gilt für Ihr Leben. Wenn Sie all ihre Zeit und Energie in Kleinigkeiten investieren, werden Sie nie Platz haben für die wichtigen Dinge. Achten Sie auf die Dinge, welche Ihr Glück gefährden. Spielen Sie mit den Kindern. Nehmen Sie sich Zeit für eine medizinische Untersuchung. Führen Sie Ihren Partner zum Essen aus. Es wird immer Zeit bleiben um das Haus zu reinigen oder Pflichten zu erledigen. Achten Sie zuerst auf die Golfbälle, die Dinge, die wirklich wichtig sind. Setzen Sie Ihre Prioritäten. Der Rest ist nur Sand.“

Einer der Studenten erhob die Hand und wollte wissen, was denn das Bier repräsentieren soll.

Der Professor schmunzelte: „Ich bin froh, dass Sie das fragen. Es ist dafür da, Ihnen zu zeigen, dass, egal wie schwierig Ihr Leben auch sein mag, es immer noch Platz hat für ein oder zwei Bierchen.“

Didacta 2022

Bald ist es endlich wieder soweit: Die Bildungsbranche trifft sich! Live und vor Ort in Köln. Vom 22. bis 26. März 2022 können Pädagog:innen, Erzieher:innen, Lehrer und Lehrerinnen, kurz gesagt alle, die sich mit Bildung und Erziehung befassen, sich wieder miteinander austauschen, diskutieren, aktuelle Trends kennenlernen und Neuheiten ausprobieren

Näheres unter: www.didacta.de



Wettbewerb zum Thema „Die Waffen nieder“

In ihrem Weltbestseller „Die Waffen nieder!“ hat die Friedensaktivistin Bertha von Suttner 1889 eindringlich die Schrecken des Krieges und das Leid der Opfer beschrieben. Nichts-



destotrotz hat sich das militärische Waffenarsenal tausendfach erweitert. Mit der erstmaligen Verleihung des Bertha-von-Suttner-Friedenspreises für die Jugend sind junge Menschen im Schuljahr 2021/22 dazu aufgefordert, sich ganz im Sinne des – weit ausgelegten – Mottos „Die Waffen nieder“ in einem Wettbewerb mit dieser Thematik auseinanderzusetzen.

Hessische Gruppen von Schülerinnen und Schülern ab drei Personen können hierzu bis zum **9. Mai 2022** Arbeiten zum Thema einreichen. Dies können z.B. sein: Videos, Kunstwerke, Unterrichtseinheiten, Projekte, Songs, Texte ...

Die Preisverleihung findet am 9. Juni statt.

Für Rückfragen: tony.schwarz@gew-bergstrasse.de oder schwoerer@dfg-vk.de

Bertha Sophia Felicita Freifrau von Suttner

(* 9. Juni 1843 in Prag; † 21. Juni 1914 in Wien) war eine österreichische Pazifistin, Friedensforscherin und Schriftstellerin. Sie wurde 1905 als erste Frau mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet, setzte sich für das Völkerrecht ein und gründete die Deutsche Friedensgesellschaft. Ihr 1889 erschienener Roman „Die Waffen nieder!“ beschreibt die Schrecken des Krieges und war ein weltweiter Erfolg.